

46. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Februar 2019

Inhalt

Die Erschließung des Rennbahngeländes muss ein neues Kapitel aufschlagen: Kein Flächenverkauf mehr, verbindliche Mitentscheidung der Beiräte! Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 19. Februar 2019 (Drucksache 19/921 S)

Volksbegehren „Für unser lebenswertes Bremen – städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche“ Entwurf eines Ortsgesetzes über das städtebauliche Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019 (Drucksache 19/922 S)

Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit, ökologische Aufwertung und Nutzbarmachung von Flächen für Naherholung und Sport ein wesentlicher Beitrag für ein gutes Leben in unserer Stadt – deshalb das Rennbahnquartier Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2019 (Drucksache 19/927 S)

Abgeordneter Röwekamp (CDU)	2698
Abgeordneter Tschöpe (SPD)	2700
Abgeordnete Vogt (DIE LINKE)	2702
Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	2705
Abgeordnete Steiner (FDP)	2708
Abgeordneter Remkes (BIW)	2710
Bürgermeister Dr. Sieling	2712
Abgeordneter Röwekamp (CDU)	2714
Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	2716
Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE)	2718
Abgeordneter Tschöpe (SPD)	2720
Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP)	2721
Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	2722
Senator Dr. Lohse	2723
Abgeordnete Vogt (DIE LINKE)	2725
Abgeordneter Röwekamp (CDU)	2725
Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE)	2726
Abstimmung	2727

Anhang zum Plenarprotokoll

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache 19/922 S	2728
---	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Kastendiek, Kottisch, Schäfer

Vizepräsidentin Dogan

Vizepräsident Imhoff

Schriftführerin Ahrens

Schriftführer Dr. Buhlert

Schriftführerin Böschen

Schriftführer Mustafa Öztürk

Schriftführer Senkal

Schriftführer Tuncel

Bürgermeister Dr. Sieling (SPD), Präsident des Senats, Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften und für Kultur

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senatorin für Bildung und Kinder **Dr. Bogedan** (SPD)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Ehmke** (Senator für Inneres)

Staatsrat **Meyer** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Siering** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Schulz** (Senator für Justiz und Verfassung)

Vizepräsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr.

Vizepräsident Imhoff: Die 46. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich noch keinen.

(Heiterkeit)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 14.00 Uhr, entnehmen können.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute ist die erste Sitzung nach dem Tod von Christian Weber. Gestern haben wir uns im Dom von ihm gemeinsam mit vielen Bremerinnen und Bremern verabschiedet. Für immer! Wir haben uns hier im Haus der Bürgerschaft an viele gemeinsame Sitzungen, Gespräche und auch an Begegnungen erinnert. Wir haben Geschichten erzählt und Trauriges und Heiteres geteilt. Das tat gut.

Fast drei Jahrzehnte war Christian Weber hier im Parlament, fast 20 Jahre als Präsident. Ich kann mich wie die meisten von Ihnen an eine Zeit ohne Christian Weber nicht erinnern. Ich habe das gestern ja schon gesagt: Sein Tod bedeutet für uns einen tiefen Einschnitt. Mit Christian Weber wird ein wichtiger Mahner und Kämpfer für den Parlamentarismus und die Demokratie in Bremen fehlen.

Kommenden Mittwoch, bei der nächsten Landtagsitzung, wenn auch unsere Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven dabei sind, wollen wir seiner

gedenken. Aber auch heute können wir nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen. Deshalb möchte ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben und eine Minute zu schweigen!

Ich danke Ihnen!

Ich bin mir sicher, wir werden Christian Weber ein festes Andenken wahren.

Meine Damen und Herren, für den Abgeordneten Christian Weber ist, wie mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, Frau Eyfer Tunc mit Wirkung vom 18. Februar 2019 in die Stadtbürgerschaft und den Landtag eingetreten. Ich begrüße Sie und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Mandatsausübung. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch dem Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall)

Jetzt begrüße ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich die Bürgerinitiative „Rennbahngelände Bremen“.

Herzlich willkommen hier bei uns!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Die Erschließung des Rennbahngeländes muss ein neues Kapitel aufschlagen: Kein Flächenverkauf mehr, verbindliche Mitentscheidung der Beiräte!

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/921 S](#))**

Wir verbinden hiermit:

Volksbegehren „Für unser lebenswertes Bremen – städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche“

Entwurf eines Ortsgesetzes über das städtebauliche Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche

**Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/922 S](#))**

und

**Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit, ökologische Aufwertung und Nutzbar-
machung von Flächen für Naherholung und Sport
ein wesentlicher Beitrag für ein gutes Leben in
unserer Stadt – deshalb das Rennbahnquartier
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis
90/Die Grünen**

**vom 20. Februar 2019
(Drucksache [19/927 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Dr. Sieling.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wahlbereichsausschuss hat am 4. Februar festgestellt, dass das Volksbegehren wirksam zustande gekommen ist. Das Zustandekommen wurde am 5. Februar im Amtsblatt bekannt gemacht.

Der Senat hat der Stadtbürgerschaft mit einer Stellungnahme gemäß § 21 des Gesetzes über das Verfahren beim Volksentscheid den Entwurf eines Ortsgesetzes über das städtebauliche Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche zugeleitet. Die Stadtbürgerschaft hat nun wie bei jedem Ortsgesetzesentwurf die Möglichkeit, das Gesetz in unveränderter oder veränderter Form zu beschließen oder es abzulehnen.

Sofern der Entwurf nicht beschlossen wird, kann der Entwurf einem Volksentscheid unterbreitet werden, falls die Vertrauenspersonen des Volksbegehrens dies beantragen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und

Herren! „Wir sind der festen Überzeugung, Bürgerbeteiligung belebt und bereichert die repräsentative Demokratie, wenn sie allen eine Stimme gibt und die Möglichkeit zur Mitgestaltung bietet, sowohl durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch bessere und geschlechtergerechte Repräsentanz.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Zitat möchte ich mich zu Beginn der heutigen Debatte bei den Initiatoren der Bürgerinitiative „Rennbahngelände“ ganz herzlich bedanken.

(Beifall CDU)

Sie haben durch Ihre Initiative dafür gesorgt, dass sich viele Menschen mit dem Thema der zukünftigen Entwicklung des Rennbahngeländes in Bremen beschäftigt haben und sich ausreichend viele Menschen, nämlich über 20 000 Menschen, für eine Variante der künftigen Nutzung dieses Geländes entschieden haben. Sie haben also das gelebt, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Bürgerinitiative, was die rot-grüne Koalition in ihrem Koalitionsvertrag geschrieben hat, denn aus dem war das Zitat, das ich Ihnen eben vorgelesen habe.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war nicht falsch!)

Sie erfüllen das, was SPD und Grüne den Menschen versprochen haben, und dafür danke ich Ihnen im Namen der CDU ganz, ganz herzlich!

(Beifall CDU)

Beim Stöbern in diesem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2015 habe ich natürlich auch geschaut, was eigentlich die Regierungskoalition – damals ja noch ganz frisch und jung gegründet – zum Rennbahngelände in ihrem Koalitionsvertrag geschrieben hat. Ich muss Sie enttäuschen.

(Abgeordneter Tschöpe [SPD]: Steht nichts darin!)

Es steht, obwohl dieser Koalitionsvertrag im Sommer 2015 verhandelt und unterzeichnet worden ist, zur künftigen Entwicklung des Rennbahngeländes gar nichts darin. Wie kommt es also, dass wir jetzt seit nunmehr etwas mehr als drei Jahren über die Zukunft dieses Geländes und die Nutzung als künftige Wohnbaufläche miteinander reden? Was hat sich eigentlich seit Abschluss der Koalitionsverhandlungen und Unterzeichnung des Koalitionsvertrags bis zum 10. Dezember 2015 getan, als der

Wirtschaftssenator Martin Günthner – der eine oder andere von Ihnen wird sich an ihn erinnern – über den „Weser-Kurier“ den Menschen in der Vahr und in Hemelingen mitteilte, dass auf diesem Gelände zukünftig mehr als 1 000 Wohneinheiten entstehen sollen?

Ist das, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten und den Grünen, die Einlösung des Versprechens, das Sie in Ihrem Koalitionsvertrag gegeben haben, nämlich dass Sie mit der Umsetzung des Entwicklungsplans Bürgerbeteiligung Betroffene zu Beteiligten machen, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbindlich und dauerhaft in der Politik und der Verwaltung verankern wollen, oder ist es nicht vielmehr das Gegenteil von dem, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag geschrieben haben, nämlich ohne Beteiligung der Menschen vor Ort Fakten zu schaffen und innerhalb kürzester Zeit Planfeststellungsbeschlüsse zu fassen und das zunichtezumachen, was Sie den Menschen versprochen haben, nämlich ihre Beteiligung ernst zu nehmen? Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, debattieren wir das!

(Beifall CDU, BIW)

Ich kann nicht glauben, dass die Motivation für die Aufstellung des Bebauungsplans oder den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans tatsächlich eine wohnungsbaupolitische war, wie Sie in Ihrem Antrag beschreiben. Wenn Sie die Wohnungsnot im Sommer 2015 so umgetrieben hat, warum haben Sie dann in Ihrem Koalitionsvertrag etwas zur Frage der Wohnungsbaupläne geschrieben, die entwickelt werden sollen? Warum steht da etwas zum Werdersee, warum steht da etwas zum Büropark Oberneuland, wieso steht da etwas zur Überseestadt? Alles richtige und wichtige Projekte, aber ausgerechnet das Rennbahngelände ist an dieser Stelle nicht erwähnt, und nur fünf Monate später kommt Ihr Senator auf die Idee und sagt, ich habe eine tolle Fläche gefunden, und die können wir nutzen.

Meine Damen und Herren, das glaubt Ihnen in dieser Stadt niemand! Es geht Ihnen nicht um Wohnungsbau, sondern Sie haben im Dezember 2015 einen Schlusstrich unter die bisherige Nutzung dieses Geländes für die Rennbahn und für die Golfanlage ziehen wollen, und da hatten Sie den Populismus vermutlich auf Ihrer Seite und wollten die schnelle politische Mark verdienen. Dieses Projekt ist gescheitert, das kann man mit dem Wissen von heute sagen!

(Beifall CDU, BIW)

Was bleibt aus dieser Debatte? Erstens, es bleibt, dass Sie entgegen Ihrem Versprechen die Menschen nicht frühzeitig an Ihren künftigen Plänen für das Rennbahngelände beteiligt haben. Sie haben überstürzt einen Planaufstellungsbeschluss gefasst und erst danach angefangen, mit den Menschen vor Ort zu reden, ja, sogar nicht, als der Beirat Hemelingen, in dem übrigens die CDU keine Mehrheit hat – noch nicht, kommt schon noch! –, im Herbst 2016 einen Beschluss gefasst hatte, der Ihnen die Tür für den Dialog mit den Menschen vor Ort geöffnet hat, als er nämlich beschlossen hatte, derzeit – derzeit! – die Bebauung des Rennbahngeländes abzulehnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie Bürgerbeteiligung damals wirklich ernst genommen hätten, dann hätten Sie spätestens zu diesem Zeitpunkt, bevor Sie einen Planfeststellungsbeschluss treffen, die Menschen vor Ort an den künftigen Ideen zur Nutzung dieses Geländes beteiligen können, genau so, wie die CDU es bereits im Herbst 2015 gefordert hat. Anstatt sie vor vollendete Tatsachen zu stellen, hätten Sie mit den Menschen direkt vor Ort in die Kommunikation über die künftige Nutzung dieses Geländes eintreten können, statt in der Zeitung darüber zu fabulieren, dass man 1 000 Wohneinheiten auf dieser Fläche ohne Weiteres unterbringen könne. Ich verstehe unter Bürgerbeteiligung etwas völlig anderes.

(Beifall CDU, BIW)

Deswegen, glaube ich, liegt die Ursache, dass es dieses erfolgreiche Verfahren und diese große Motivation der Menschen gegeben hat, sich an direkter Demokratie vor Ort zu beteiligen, natürlich in diesem unglücklichen Start des Prozesses, und man muss ehrlicherweise sagen, Sie haben es auch nicht mehr geschafft, diese Beteiligungsprozesse sachgerecht zu lenken oder einzuhalten. Bei Gesprächen vor Ort war der Senator nur selten persönlich anwesend, übrigens der Wirtschaftssenator, der über die Presse mit den Beteiligten kommuniziert hat, gar nicht, und auch der Präsident des Senats hat sich bis zur Befassung des Senats in der vergangenen Woche mit dieser Frage zurückgehalten. Was haben wir eigentlich von einem Bürgermeister zu halten, der sich um wenige Quadratmeter öffentliche Verkehrsfläche auf der Domsheide kümmert, sich aber aus der Debatte um die zukünftige Nutzung eines 34 Hektar großen Geländes mitten in unserer Stadt heraushält, meine Damen und

Herren? Ich glaube, dass direkte Bürgerbeteiligung, Herr Bürgermeister Dr. Sieling, anders aussieht, als Sie es in Ihrem Rathaus praktizieren.

(Beifall CDU, BIW)

Nun liegt es also vor, das Ortsgesetz zur Änderung oder zur Aufstellung eines Bebauungsplans, der im Gegensatz zu dem Planaufstellungsbeschluss, den Sie vorlegen, jedwede Bebauung für dieses Gelände ausschließt. Ja, ich gebe zu, das ist auch nicht eins zu eins unsere inhaltliche Position als CDU. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir uns auf dem Rennbahngelände auch eine wohnbauliche Nutzung vorstellen können, aber unter zwei Bedingungen: Erstens, es gibt eine städtebauliche Rahmenidee, wie dieses Gelände in den Stadtteil einbezogen werden kann, denn machen wir uns nichts vor: Die Stadtteile Vahr und Osterholz sind schon jetzt erheblich mit verdichteter Wohnbebauung und auch mit großflächiger Industrie und Gewerbesiedlung belastet, stärker belastet als andere Stadtteile in unserer Stadt. Deswegen gehört, zweitens, dazu auch, genau abzuwägen, an welchem Standort man in Zukunft Wohnbauflächen schafft und in welchem Umfang und an welchen Standorten nicht.

Ist es beispielsweise richtig, dass neben dem Rennbahngelände auch das ehemalige Gelände der Firma Coca-Cola oder der Firma Könecke in Zukunft noch zusätzlich genutzt wird? Soll der Stadtteil Osterholz oder vielmehr der Osten sämtliche Wohnungsbedarfe der Stadt in den nächsten Jahren befriedigen? Ich sage für die CDU: Nein, das ist nicht gerecht. Wir reden über einen Stadtteil, der schon hoch verdichtet ist, der wenig Flächen für Naherholung und Freiraum hat, und deswegen brauchen wir eine gesamtstädtische Sicht auf die Wohnbauentwicklung in unserer Stadt.

(Beifall CDU, BIW)

Deswegen sagen wir als Fraktion der CDU, wir halten es für richtig, an dieser Stelle auf die Bürgerinitiative zuzugehen. Wir sprechen uns dafür aus, dem Begehren der Bürgerinitiative heute stattzugeben. Dies führt dazu, dass es dann natürlich für dieses Gelände einen Bebauungsplan gibt, der eine Bebauung nicht vorsieht. Wir wissen aus unseren Gesprächen mit der Bürgerinitiative aber auch, dass das nicht das letzte Wort sein muss. Wir müssen darüber reden, was wir mit diesem frei gewordenen und frei werdenden Gelände in Zukunft machen, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht gegen Tausende von Menschen, nicht

über ihre Köpfe hinweg, sondern wir wollen es, wie die Koalition es den Menschen in diesem Land versprochen hat, gemeinsam in einem Dialogverfahren machen, bevor Fakten geschaffen werden.

Deswegen ist die herzliche Bitte, stimmen Sie mit uns gemeinsam für den Bürgerentscheid, für das Anliegen der Menschen vor Ort, und lassen Sie uns mit den Beteiligten selbst die Fehler beheben, die Sie als Senat und Mehrheitsfraktionen in diesem Parlament zu vertreten haben, damit wir die Menschen vor Ort direkt beteiligen und nicht vor vollendete Tatsachen stellen! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abgeordneter Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Röwekamp, ja, es ist Wahlkampf, und ja, es ist für jede Partei legitim, im Wahlkampf das zu tun, von dem sie glaubt, dass man damit Stimmen maximieren kann. Ich hätte mir aber doch gewünscht, wenn wir etwas näher an dem Thema geblieben wären, um das es eigentlich geht. Vielleicht ist es dann einfacher, wenn man sich die gegenwärtigen Fakten noch einmal vor Augen führt.

Die Fakten zum Rennbahngelände sind wie folgt: Das Gelände von ungefähr 35 Hektar gehört der Stadtgemeinde Bremen. Es ist zurzeit eingezäunt, es ist bisher den Kunden einer privaten Golfanlage zugänglich, anderen Menschen nicht. Das Gelände – das bestreitet auch niemand – bildet einen Riegel zwischen den Stadtteilen Vahr und Hemelingen, und der gut genutzten Golfanlage ist ja auf Initiative des Senats gekündigt worden.

Ja, es hat in Bremen einmal eine Rennbahn gegeben, aber – und viele von uns, die hier gesessen haben, wissen über diese Geschichte der Rennbahn sehr wohl Bescheid – die Situation an der Rennbahn ist ja nicht so, dass irgendjemand einmal entschieden hat, er finde es nicht mehr schön, dass da Pferde herumlaufen, sondern die Situation ist so gewesen, dass wir über Jahrzehnte einen erheblichen Subventionsaufwand betrieben und in der letzten Dekade 840 000 Euro pro Jahr gezahlt haben, damit dort ein privater Verein Pferderennen veranstaltet. Wir haben uns hier mit breiter Mehrheit in diesem Parlament dazu entschieden, dass wir diese Subventionen nicht mehr zahlen wollen, sondern es hat dann eine Vereinbarung gegeben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Vereinbarung war übrigens auch noch sehr großzügig. Sie hat dem damaligen Rennverein eine bestimmte Summe in Höhe von 1,5 Millionen Euro für die Grünpflege zur Verfügung gestellt, und es wurde gesagt: Versucht, eure Rennen im privaten Rahmen zu organisieren! Trotz mäzenatischer Unterstützung ist dem Rennverein dies nicht gelungen. Das ist übrigens auch nicht verwunderlich. Andere Traditionsrennsportanlagen in Deutschland, wie das Frankfurter Hippodrom, haben ihren Rennbetrieb ebenfalls eingestellt, da wird jetzt eine DFB-Akademie gebaut. Der Hintergrund dafür ist: Das, was Rennen groß und profitabel gemacht hat, nämlich dass Leute dahin gehen, einen schönen Tag haben, wetten und dabei viel Geld einsetzen, ist durch die Entwicklung des Internets leider aus einer vergangenen Zeit. Dementsprechend kann in dieser Stadt kein Mensch davon ausgehen, dass auf diesem Rennbahngelände jemals wieder Pferde laufen.

(Beifall SPD)

Während wir uns das vor Augen halten, gibt es einen weiteren Fakt, das ist der Fakt, dass viele Menschen sagen, es handele sich um die grüne Lunge des Stadtteils. Ich bin nicht verdächtig, ein Ökologe zu sein.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

Ich habe mich aber mit Leuten unterhalten, die darüber wesentlich bessere Kenntnisse haben. Der Vorsitzende des Naturschutzbundes Deutschland, der relativ dicht neben der Rennbahn seinen Dienstsitz hat, hat mir gegenüber erklärt, das Rennbahngelände habe die ökologische Qualität eines abgeernteten Maisfeldes.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wohl wahr!)

Also, wir haben bisher ein brachliegendes Gelände, das von wenigen Menschen für das Golfspiel genutzt wird. Der Vertrag ist gekündigt. Das ist, glaube ich, der Fakt, über den wir uns alle verständigen können.

Dann gibt es weitere Fakten, die nichts mit dem Rennbahngelände zu tun haben, sondern mehr mit dem Wohnungsmarkt in Bremen. Das sollten wir –

und eigentlich sind wir uns da auch einig – uns vielleicht noch einmal vergegenwärtigen: Es gibt in Bremen definitiv zu wenige Wohnungen. Die Mieten steigen und steigen. In der Stadt Bremen mussten im vierten Quartal des Jahres 2018 pro Quadratmeter 8,10 Euro für Neuvermietungen gezahlt werden. Das sind 40 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Die Not, bezahlbare Wohnungen zu finden, ist nicht mehr die Not von wenigen. Die Not, bezahlbare Wohnungen zu finden, hat die Mitte der Gesellschaft schon längst erreicht.

Angebot und Nachfrage passen in dieser Stadt überhaupt nicht mehr zusammen. Das haben Sie ja auch erkannt. Sie haben einen Vorschlag gemacht, den Neustädter Hafen zuzuschütten, dort 4 000 Wohnungen, 5 000 Wohnungen – ich weiß es nicht mehr – zu bauen, weil auch Sie davon ausgegangen sind, dass es der Wohnungsmarkt in Bremen erfordert. Das sind abstrakte Zahlen. Was bedeutet das denn eigentlich für Menschen, eine solche Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt?

In Bremen ist das relativ einfach zu messen. Jeder zweite Haushalt in Bremen muss inzwischen über 30 Prozent seines verfügbaren Nettoeinkommens für die Bruttomiete ausgeben. Rund ein Viertel aller Haushalte hat eine Mietbelastungsquote von 40 Prozent und mehr. Das sind übrigens nicht diejenigen, die KdU bekommen oder diejenigen, die Wohngeld bekommen, sondern das sind diejenigen, die ihre Miete durch ihrer Hände Arbeit erwirtschaften müssen. Das Mengenproblem – und darüber sind wir uns in diesem Haus eigentlich auch alle einig gewesen – führt nicht nur zu steigenden Mieten, sondern es führt auch zu Verdrängungsprozessen, es führt zur Segregation, und es führt letztlich dazu, dass das soziale Gefüge unserer Stadt ernsthaft in Gefahr gerät.

Ich glaube – ein Aspekt noch! –, durch die steigenden Immobilienpreise passiert auch noch Folgendes: Selbst genutztes Wohneigentum ist von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wegen der Preise, die inzwischen am Markt aufgerufen werden, überhaupt nicht mehr zu erwerben, wenn sie nicht eine höhere Erbschaft gemacht haben. Das heißt, man kann selbst genutztes Wohneigentum als eine ganz wesentliche Säule der Altersvorsorge in Bremen überhaupt nicht mehr beschaffen. Junge Familien ziehen nach außerhalb, weil sie ihre Vorstellungen vom Leben hier in Bremen finanziell nicht mehr realisieren können. Vorstehende Fakten sind in dieser Stadt völlig unumstritten. Das teilt jeder.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Jetzt kommen wir zu dem vorliegenden Volksbegehren! Die Bürgerinitiative gegen die Rennbahnbebauung lehnt eine Wohnbebauung grundsätzlich ab. Neben den legitimen Partikularinteressen von Anliegern macht diese Bürgerinitiative deutlich, es gebe auch andere Baugebiete, die bisher nicht realisiert würden, im Übrigen dürfe Bremen auch nicht zubetoniert werden, und das Verkehrsproblem sei noch nicht gelöst. Ich erkenne diese Position als absolut vertretbar an, ich bekunde aber auch gleichzeitig: Das ist nicht meine!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich bin der festen Überzeugung, wir müssen dringend Wohnraum schaffen, wir müssen den Anstieg von Mieten und Immobilienpreisen begrenzen, und deshalb müssen wir bauen.

(Beifall SPD)

Bauen ist das einzige Mittel gegen Preisanstieg. Wer verantwortungsvolle und soziale Politik für Bremen machen will, der muss jede Möglichkeit ergreifen, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Herr Kollege Röwekamp, die Wohnungsfrage, die wir hier in Bremen haben, wird selbstverständlich nicht allein auf der Rennbahn entschieden. Die dort beabsichtigten 1 000 Wohneinheiten reichen dafür übrigens auch bei Weitem nicht aus. Sie wird aber auch auf der Rennbahn entschieden.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

In Anbetracht der eben geschilderten sozialen Sprengwirkung, um die wir alle wissen, reicht mir eine Argumentation gegen die Rennbahnbebauung, wie Sie sie eben vorgebracht haben, dieser Whataboutism, was eigentlich mit Coca-Cola sei, oder „not in my backyard“, als Argumentation gegen die Rennbahnbebauung überhaupt nicht aus.

(Beifall SPD)

Ich sage Ihnen aber, ich finde es gut, dass wir einen Volksentscheid am 26. Mai 2019 haben, denn diese Stadt wird sich am 26. Mai 2019 entscheiden müssen, ob sie den vorher beschriebenen Eskalationen am Immobilienmarkt etwas entgegensetzen möchte oder ob sie diese Eskalationen hinnehmen will. Ich habe eine klare Einschätzung. Ich glaube, die Verlierer eines potenziellen Hinnehmens stehen fest. Das sind nämlich die Menschen, die über

mittlere und geringe Einkommen verfügen, und es wird die öffentliche Hand sein, die diesen Mietpreisanstieg über Kosten der Unterkunft und Wohngeld wesentlich mit zu tragen hat. Ob es allerdings ernsthaft Gewinner eines Hinnehmens geben kann, glaube ich nicht. Ich glaube, wenn wir die Entwicklung am Wohnungsmarkt hinnehmen, werden am Ende wir alle und das Gemeinwesen Verlierer sein.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich ganz ehrlich sagen, ich glaube, die Alternative, die sich am 26. Mai 2019 stellt – und ich bin sehr dafür, dass wir das auch so in dieser Klarheit entscheiden –, ist doch nicht die Frage eines erhaltenden konservativen Zustands Grün gegen sozial aufgeladenen Beton! Gegen die von der Bürgerinitiative begehrte Nulllösung wird ja nicht gestellt, dass wir dort in sozialistischer Einheitsmanner 12 000 Wohnungen im Stil der Stalinallee bauen, sondern dagegen wird gestellt, dass in der Entwicklung des Rennbahngeländes ungefähr die Hälfte des Geländes für Grün-, Freizeit- und Sportflächen ausgewiesen wird und diese Grün-, Freizeit- und Sportflächen überhaupt so angelegt werden, dass das Gelände zum ersten Mal für breite Bevölkerungsteile zugänglich ist

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

und dass im Übrigen dieser Riegel, den es zwischen der Vahr und Hemelingen gibt, endlich aufgelöst wird. Auf der anderen Hälfte soll ein urbaner Mix von Geschosswohnungsbau, Reihenhäusern und Einfamilienhausbau vorgesehen werden. Ich glaube, die Alternative, die sich am 26. Mai 2019 stellt, ist deshalb nicht Grün gegen Beton, sondern die Frage, die sich am 26. Mai 2019 stellt, ist die Frage Grün für wenige – wie bisher – gegen Grün für viele und sozialen Beton. Wir wissen, wofür wir streiten. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Vogt.

Abgeordnete Vogt (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist wahr, die Volksgesetzgebung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Landesverfassung, und wenn ein Volksbegehren die erforderliche Anzahl an Unterschriften gesammelt hat, dann gibt es eigentlich nur zwei Konsequenzen. Erstens muss gewährleistet sein, dass, sofern die Bürgerschaft dem Anliegen des

Volksbegehrens nicht von selbst nachkommt, der Volksentscheid unter möglichst fairen Bedingungen und unter möglichst breiter Beteiligung der gesamten Bevölkerung stattfindet. Deswegen haben wir auch heute die Sondersitzung beantragt, um den Weg zu ermöglichen, weil wir natürlich auch sagen, die Teilnahme an der Abstimmung über einen Volksentscheid ist deutlich breiter, wenn der Volksentscheid zusammen mit einer Wahl stattfinden kann, und das gewährleisten wir heute. Wir wollen, dass der Volksentscheid stattfindet, und wir wollen eben auch, dass er zeitgleich mit der Bürgerschaftswahl stattfindet, weil wir wollen, dass so viele Menschen wie möglich daran teilnehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir gehen nämlich davon aus, dass die Frage, wie viel Wohnraum in Bremen geschaffen wird, für alle von Interesse ist, und zwar wirklich für alle, für die gesamte Stadt, auch für die Menschen, die in Bremen-Nord wohnen. Diesen Weg machen wir heute frei.

Zweitens gilt es, dass die Öffentlichkeit auch ein Recht hat zu erfahren, wie die Parteien oder die Fraktionen zum Gegenstand des Volksentscheids oder des Volksbegehrens in dem Fall stehen, ob sie für ein Ja sind oder für ein Nein und mit welchen Argumenten. Die Wählerinnen und Wähler sollen sich eine begründete Meinung bilden können, und dafür sollen Parteien und Fraktionen ihre Position zum Inhalt des Volksentscheids richtig klar und deutlich offenlegen. Sehr verehrter Herr Kollege Röwekamp, ich fand Sie eben in Ihrer Darstellung eher unpräzise in einigen Punkten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für DIE LINKE kann ich sehr klar sagen, wir sind für ein ganz klares Nein zu dem Volksbegehren, wie es die Initiative vorgelegt hat. Ein Ortsgesetz, das auf Dauer und für die Zukunft jegliche Nutzung des Rennbahngeländes für Wohnen und soziale Infrastruktur prinzipiell ausschließt, halten wir für einen grundsätzlich falschen Weg. Ich habe übrigens auch Zweifel, ob es überhaupt rechtlich zulässig ist, wenn der totale Ausschluss für die Legislative der nächsten Jahrzehnte festgelegt wird.

Der Konflikt um Platz in dieser Stadt ist eigentlich unvermeidlich, das erleben wir ständig, nicht nur unsere Fraktion, auch die hier Regierenden und auch die CDU. Man darf die Stadt nicht einfach zubauen. Es muss Grünflächen geben, es muss Erholungsraum geben, es muss Freiflächen geben, und

andererseits fehlt es tatsächlich dringend an Wohnraum. Herr Kollege Tschöpe hat es eben schon beschrieben. Des Weiteren können wir den vielen Menschen, die händeringend nach einer Wohnung suchen, ja nicht einfach sagen, dann zieht doch nach Ottersberg. Das geht einfach nicht aus unterschiedlichen Gründen. Wir können den Rentnern und Rentnerinnen, die mit einer kleinen Rente bislang eine Wohnung bezahlen konnten, aber durch diese Spirale, die in Gang gesetzt wird, dass zu wenig Wohnungen entstehen und die Mieten teurer werden, irgendwie auch nicht sagen, na ja, du hast dreißig Jahre in Walle in der Straße gewohnt, jetzt bist du 75 Jahre alt, aber die Mieten steigen, und jetzt zieh einmal fort nach Gröpelingen oder nach Blumenthal. Auch das geht nicht. Da sind wir in politischer Verantwortung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Abwägung zwischen freien Flächen und dem Bedarf nach Wohnraum muss konkret vorgenommen werden, und sie muss sich auch in der konkreten Ausgestaltung niederschlagen. Es muss immer abgewogen werden, was dort gebaut werden soll und was nicht. Es ist ja auch kein Geheimnis, wir führen diese Debatten ja hier nicht zum ersten Mal. Unsere Vertreter in der Baudeputation machen sich oft unbeliebt damit, dass sie sagen, die Abwägung, die hier getroffen wurde an dem konkreten Projekt, finden wir nicht ausreichend, das ist zu viel Bebauung oder zu dicht oder zu teuer oder auch manchmal einfach zu hässlich. Wir lehnen dann Bebauungspläne auch einmal ab, weil wir sagen, das muss einfach besser gehen, und das kann so in der Form nicht das letzte Wort sein. Insbesondere den Hass der Fraktion der Grünen ziehen sich meine Kollegen in der Baudeputation oft zu.

(Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Hasszeit!)

Sie sagen uns jedoch dann immer, wenn Sie das nicht genauso akzeptieren, sind Sie gegen mehr Wohnraum. Das stimmt nicht! Wir nehmen es aber hin, weil wir sagen, wir müssen auch tatsächlich immer abwägen, wie gebaut wird.

(Beifall DIE LINKE)

Wir akzeptieren es nämlich nicht, dass regelmäßig eine Form der Bebauung durchgeführt wird, von der wir wissen, dass sie am Ende für einen großen Teil der Mieterinnen und Mieter in Bremen unerschwinglich wird. Wir wollen Flächen bestmöglich

nutzen und nicht so profitabel wie möglich verkaufen, und das hat uns in der Vergangenheit oft eben von der Koalition unterschieden.

Herr Kollege Röwekamp, wenn Sie jetzt aber sagen, es gab keine Beteiligung, was jetzt allerdings im Regionalausschuss in den letzten Jahren passiert ist, ist nämlich genau das, dass die Menschen vor Ort und auch der Beirat andere Wege gegangen sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben sehr intensiv Sachverständige eingeladen, übrigens auch aus anderen Bundesländern, und haben sich sehr intensiv damit beschäftigt, wie wollen wir denn das Areal entwickeln? Sie haben es auch letzte Woche Donnerstag in einem Antrag tatsächlich zum Ausdruck gebracht. Da sagen wir auch ganz klar, eine Fläche mit einem solchen Potenzial für die Stadtentwicklung, wie die Rennbahn sie hat, komplett von jeder Nutzung auszunehmen, so wie es der Volksentscheid dann vorgibt, das lehnen wir ab, weil die Abwägung zwischen Grünfläche und Wohnraum zwischen Erholung und sozialer Infrastruktur nicht darüber getroffen werden darf, dass auf einer Fläche, die so groß ist wie die der Rennbahn, das Wohnen zu 100 Prozent ausgeschlossen wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Einmal ganz ehrlich, heutzutage würde niemand mehr einen Golfplatz oder eine Rennbahn mitten in die Stadt setzen. So etwas gehört auch nicht dorthin, sondern eher an den Rand. Da sind uns als Fraktion der LINKEN tatsächlich im Zweifelsfall die Familien, die Alleinstehenden, die Jugendlichen, die Zugewanderten, alle, die im Moment keinen bezahlbaren Wohnraum finden, näher als Pferde und Menschen, die Pferderennen anschauen oder diejenigen, die Golf spielen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Um es einmal ganz klar zu sagen, Golfen macht man nicht jeden Tag, aber Wohnen schon.

In die Diskussion, wie das Rennbahngelände genutzt werden soll, ist viel Bewegung gekommen. Im Gegensatz zu dem, was Herr Kollege Röwekamp eben suggeriert hat, das habe ich eben schon angedeutet. Nicht nur allein durch die Bürgerinitiative und das Volksbegehren, der Regionalausschuss setzt sich seit Jahren damit auseinander, das habe ich eben schon erwähnt, und den Beschluss,

den er am 12. Februar 2019, letzte Woche also, gefasst hat, sehen wir durchaus als richtungsweisend an, und den unterstützen wir als LINKE voll und ganz. Der Regionalausschuss will, dass etwa die Hälfte der Fläche Grün- und Freizeitfläche wird und die Hälfte für den Wohnungsbau genutzt wird. Er will, dass die Zahl der Wohneinheiten von vornherein begrenzt wird auf etwa 1 000 oder 1 200 Wohnungen, und er will eine gute Durchmischung mit Reihenhäusern, Geschosswohnungen, mit viel bezahlbarem Wohnraum, aber keine Hochhäuser.

Das ist etwas, das mich ein bisschen ärgert. Mir haben Anwohner, die in der Nähe der Rennbahn wohnen, erzählt, dass ihnen beim Sammeln der Unterschriften gesagt worden sei, die Stadt wolle dort Hochhäuser bauen. Das stimmt definitiv nicht!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Was die Bewohner der Stadtteile zu Recht nicht wollen, und das wollen wir als LINKE auch nicht, ist, dass sie eine zweite Überseestadt vor die Nase gesetzt bekommen. Deswegen nehmen wir den Beschluss des Regionalausschusses sehr, sehr ernst. Die Forderungen, und damit kommen wir zu der Tatsache, dass hier heute noch zwei Anträge vorliegen, diese Forderungen hat der Antrag der Koalition auch aufgenommen, das finden wir gut, das unterstützen wir auch, aber andere Forderungen des Regionalausschusses nimmt er leider eben nicht auf, und diese sind für uns allerdings auch entscheidend. Damit begründe ich einmal unseren Antrag. Der Regionalausschuss sagt, dass am Ende eine vernünftige und maßvolle Bebauung dabei herauskommt, dann müssen wir eben anders vorgehen als es bei anderen Entwicklungsgebieten – siehe Überseestadt – läuft. Wir müssen dafür sorgen, dass städtische Flächen nicht mehr verkauft werden. Wir wollen, dass die Stadt die Kontrolle behält. Die Stadt soll die Flächen entweder selbst bebauen oder in Erbbau vergeben oder an städtische Wohnungsbaugesellschaften übergeben. Einen Verkauf an private Investoren, so wie es in der Vergangenheit in Bremen immer üblich war, lehnt der Regionalausschuss ab.

(Beifall DIE LINKE)

Der Regionalausschuss fordert, dass festgeschrieben werden soll, dass die wesentlichen Entscheidungen im Einvernehmen mit den Beiräten zu erfolgen haben. Genau diese beiden Punkte spiegeln eigentlich zentrale Erfahrungen aus Bauprojekten der vergangenen Zeit wider. Ich war selbst einmal vier Jahre in dem Ausschuss des Beirats Walle für

die Entwicklung der Überseestadt. Wenn erst einmal verkauft ist, ist die Kontrolle weg, denn dann entscheidet am letzten Ende immer der Investor. Das habe ich in der Zeit in meinem Beiratsausschuss in der Überseestadt immer wieder erleben müssen. Deswegen finden wir den Antrag der Koalition tatsächlich an einem Punkt schwierig. Die Bürgerschaft fordert eben nicht den Senat auf, den Beschluss des Regionalausschusses zur Grundlage der weiteren Planung zu machen, sondern es steht darin, der Senat soll die Wünsche und Anregungen mit einbeziehen.

Ehrlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, das hatten wir schon, das hatten wir auch schon öfter, und das bedeutet nämlich, wenn es hart auf hart kommt, leider gar nichts. Wenn ich die Äußerungen der CDU hier, aber auch mancher Grüner in den vergangenen Wochen mir angehört habe, dann weiß ich, dass diese Formulierung in dem Antrag der Koalition bei einer potenziellen Regierung, an der die beiden Parteien beteiligt sein könnten, dann eben halt auch nichts mehr gilt. Das heißt, wenn der Beschluss des Regionalausschusses zur Grundlage des Koalitionsantrags gemacht werden würde, dann hätten wir dem Antrag in Gänze zugestimmt, aber genau das steht eben halt unter dem Punkt zwei nicht darin.

Unser Antrag hingegen konzentriert sich genau auf diese beiden Punkte, die der Koalitionsantrag weglässt: kein Flächenverkauf mehr an private Investoren, kein Überstimmen mehr der Beiräte. Ehrlich gesagt, es ist an dieser Stelle nicht entscheidend, ob genau die Hälfte der Fläche frei bleibt oder ob es nun 1 000 oder 1 200 Wohneinheiten werden.

(Glocke)

Es ist nämlich entscheidend, wie geplant und gebaut wird. Wenn wir das übliche Prozedere haben, ein Teil Grünfläche, und auf das andere kommen die üblichen Investoren mit den üblichen teuren Würfelbauten, dann hätten wir nichts gewonnen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir nehmen den Regionalausschuss ernst, wir finden den Beschluss, den er letzte Woche gefasst hat, weise und haben deswegen die Beschlusspunkte, von denen wir wissen, dass die Koalition sie gerade nicht aufgreift, als eigenen Antrag gestellt.

(Glocke)

Wir werden ihn hier gleich zur Abstimmung stellen. – Danke!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Schaefer.

Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Röwekamp, Sie haben aus dem Koalitionsvertrag zum Thema Volksentscheid zitiert. Ich kann für uns Grünen nur noch einmal beteuern, wir halten Volksentscheide für ein wichtiges demokratisches Instrument, und es soll auch genutzt werden, und dass es jetzt hier genutzt wird, ist auch gut so.

Ich möchte vorab noch einmal ganz kurz den Vorschlag der Grünen für das Gelände der Galopprennbahn skizzieren! Wir wollen 50 Prozent der Grünfläche erhalten, wir wollen eine ökologische Aufwertung und dass diese Fläche auch für Naherholung, Sport und Freizeit genutzt werden kann, und wir wollen auf den anderen 50 Prozent bezahlbaren Wohnraum schaffen. So einfach ist erst einmal die Formel.

Das Volksbegehren will jegliche Bebauung verhindern, und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir hier in der Politik und im Parlament haben die Verantwortung, für die Menschen, die händeringend Wohnraum in Bremen suchen, auch zu schauen, wo man ihn realisieren kann. Wir glauben, dass das Gelände der Galopprennbahn dafür sehr geeignet ist, und das geht auch konform mit den Beiräten und dem Regionalausschuss.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Jetzt frage ich einmal in die Runde, wer denn einmal auf der Fläche der Galopprennbahn war.

(Zurufe)

Ein paar! Waren Sie dann beim Pferderennen, oder waren Sie an einem normalen Tag dort?

(Zurufe: An einem normalen Tag!)

Einer an einem normalen Tag, okay!

Also, man sieht, es waren ein paar da.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Ich habe mich nicht beteiligt!)

An einem normalen Tag ist es auch schwierig, weil das Gelände eingezäunt ist, und wenn man nicht Golf spielt, kommt man normalerweise auch nicht auf das Gelände, sondern in der Regel eigentlich nur zu den Pferderennen.

Ich gestehe, dass ich durchaus auch einmal selbst bei solch einem Pferderennen war. Meine Eltern sind sehr anglophil, sie wollten unbedingt einmal ein Pferderennen miterleben, aber in der Tat hat das wenig mit einem elitären Pferderennen in Ascot zu tun. Es war Bremer Tradition, es hatte etwas von Volksfestcharakter. Der Mindesteinsatz für eine Wette betrug 50 Cent. Ich gestehe, ich habe fünf Euro verwettet, ich fand den Namen so schön – Green Emerald –, aber er ist immer nur als Zweiter angekommen, es hat nicht ganz zum Sieg gereicht. Allerdings, ob man jetzt Pferderennen gut oder schlecht findet, Herr Tschöpe hat es gesagt, die Zeit der Pferderennen ist einfach definitiv vorbei, egal, wie dieser Volksentscheid ausgehen wird, meine Damen und Herren. Diese Zeit wird nicht wiederkommen.

Wer die Fläche kennt, wer schon einmal dort war, der weiß, es sind circa 35 Hektar. Es ist eine Grünfläche, eine Wiese. Am nordöstlichen Rand gibt es eine Baumgruppe mit alten Bäumen und einen großen Teich und im südlichen Bereich eine Holztribüne. Ich finde es erst einmal gut, wenn Menschen sich für den Erhalt von Grünflächen einsetzen, das ist mir sehr sympathisch. In Deutschland werden täglich Grünflächen in der Größe von 100 Fußballfeldern vernichtet. Das sind 70 Hektar, und das ist einfach zu viel. Deswegen finde ich es gut, wenn man sich für den Erhalt einsetzt.

Gerade – und das macht ja die Diskussion heute auch aus – in einer Großstadt stehen wir eben vor diesem Spannungsfeld, auf der einen Seite genügend Wohnraum, und gerade auch bezahlbaren Wohnraum für die Menschen bereitzustellen, und der ist knapp. Auf der anderen Seite haben die Menschen gerade in einem urbanen Umfeld eben das Bedürfnis nach Grün, nach Chlorophyll und Grün, und das ist gut so, denn Grün in einer Stadt bedeutet auch mehr Wohn- und Lebensqualität. Es bedeutet in der Regel Lebensraum für Naherholung, Lebensraum für Tiere oder im Fall von Frischluftschneisen eben auch für saubere Luft. Ich glaube, eine Stadt, die nur aus Beton bestehen würde, wäre sicherlich für die meisten Menschen höchst unattraktiv, und deswegen ist es gut, wenn wir auch hier in dieser Stadt – und das tun wir nicht nur bei der Galopprennbahn, sondern auch bei anderen Flächen – um jedes Stückchen Grün ringen.

Jetzt ist aber Grünfläche auch nicht gleich Grünfläche. Ich würde mir, liebe Damen und Herren von der CDU, wirklich so viel grünes Herz, so viel Engagement und so viel Einsatz auch beim Erhalt der Osterholzer Feldmark, in Brokhuchting oder bei der Binnendüne wünschen, wo Sie jetzt noch einmal in der Deputation dagegen waren, weil das nämlich Flächen mit einem deutlich höheren ökologischen Wert sind als die kiesgebundene Wiese der Galopprennbahn. Herr Tschöpe hat gesagt, er sei kein Ökologe. Ich kenne viele Ökologen. Ich habe mit etlichen gesprochen, und alle bestätigen auch noch einmal, dass die Galopprennbahn eine grüne Wiese ist – ja, unbestritten, das sieht man ja auch! –, aber nicht wirklich ein ökologisches Highlight oder ein wertvolles Biotop. Sie ist auch nicht richtig die grüne Lunge, das muss man fairerweise oder der Wahrheit halber auch dazu sagen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man aus der Vogel- oder heutzutage wahrscheinlich eher mehr aus der Satellitenperspektive auf die Galopprennbahn schaut, dann fällt auf, sie liegt zwischen den Stadtteilen Hemelingen und Vahr, und wer auf der Fläche war – außer er spielt Golf oder spielte Golf –, der war entweder zu einem Pferderennen dort oder sonst nicht. Warum? Weil die Fläche komplett eingezäunt ist! Sie trennt beide Stadtteile, es gibt da kein Durchkommen, keine Durchlässigkeit für die Menschen, und das ist meines Erachtens keine Fläche, von der die Bevölkerung oder die Menschen in den Stadtteilen bisher wirklich etwas hatten. Die wenigsten hatten einen Blick von oben darauf, wir kennen das aus der Zeitung, außer, man war vielleicht auf dem Aalto-Hochhaus. Mit einer hälftigen Bebauung, davon sind wir überzeugt, würde man dieses Gebiet endlich für die Menschen öffnen, man würde es zugänglicher machen, und man würde auch die beiden Stadtteile Hemelingen und Vahr endlich miteinander verbinden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt sind einige meiner Vorrednerinnen und Vorredner schon darauf eingegangen, wir brauchen Flächen für den Wohnungsbau in einer wachsenden Stadt, wir Grünen setzen auf die Innenentwicklung. Wenn ich an die Umwelt-, Bau- und Verkehrsdeputation denke oder auch hier an Debatten im Haus, ist es eigentlich ganz oft die CDU, die sich beschwert, dass viel zu wenig gebaut wird und wir viel zu wenig Flächen hätten. Jetzt gibt es eine Fläche, die man gut zur Hälfte bebauen kann, und

jetzt sind Sie dagegen. Das lässt mich manchmal auch etwas ratlos zurück.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Bauen ist nicht gleich Bauen. Wir wollen keine Bebauung zu 100 Prozent, wie es doch, finde ich, zum Teil suggeriert wird, und ich kann auch erst einmal die Angst der Menschen verstehen, die sich darum sorgen, dass dort jetzt alles zubetoniert und womöglich noch mit Hochhäusern bebaut werden könne. Aber das wollen wir Grünen nicht, und ich glaube, das will hier auch keiner.

Wir wollen erstens, dass die Hälfte der Fläche Grünfläche bleibt, dass sie ökologisch aufgewertet wird, dass der alte Baumbestand im Nordosten erhalten bleibt und die Gewässer auch aufgewertet werden. Zweitens wollen wir, dass die Galopprennbahn ihre trennende Wirkung verliert und Hemeelingen und die Vahr endlich verbindet und für die Menschen begehbar und erlebbar ist. Drittens wollen wir nicht Masse, sondern Klasse bei der Bebauung. Es wurden schon die 1 000, maximal 1 200 Wohneinheiten erwähnt, die auch der Regionalausschuss fordert. Wir wollen einen gesunden Mix aus Geschosswohnungsbau bis hin zum Einfamilienhaus, aber wir wollen kein Hochhaus.

Viertens setzen wir auf hohe energetische Standards und auch auf umweltfreundliches Bauen – da ist der Ellener Hof in Bremen ja ein sehr gutes Beispiel –, und fünftens soll nach unserer Vorstellung die Grundstücksvergabe durch die öffentliche Hand, zum Beispiel durch Erbpacht, erfolgen. Wir sind überzeugt, dass das den beiden Stadtteilen sehr gut tun würde und es hier auch gut gelingen kann, einen gesunden Kompromiss aus Grünerhalt und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum hinzubekommen und dass das eben auch vor allen Dingen den Menschen in dieser Stadt zugutekommt, meine Damen und Herren.

Jetzt ist es auch kein Geheimnis, dass wir Grünen den Menschen auf dem Wahlzettel zum Volksentscheid gern ein eigenes Ortsgesetz mit genau dieser Alternative zum Vorschlag oder als Gegenvorschlag zu dem der Bürgerinitiative angeboten hätten. Wir glauben, der Wähler hätte es auch gut überblicken können, dass er sich zwischen zwei Alternativen entscheiden könnte, nämlich der Forderung der Bürgerinitiative, die wir kompromisslos finden und die immer noch suggeriert, wollt ihr Beton, oder wollt ihr Grün – das ist ja nicht der Fall! –, oder dem Kompromiss nach dem Motto, wollt ihr

Grünflächen erhalten, wollt ihr bezahlbaren Wohnraum, beides geht zu gleichen Teilen. Jetzt konnten wir uns da mit der SPD nicht so ganz einigen, oder wir konnten den Koalitionspartner nicht überzeugen, aber wir wollen eine Verbindlichkeit unserer Vorstellung, und daher legen wir Ihnen auch heute diesen koalitionsären Antrag vor, der die Ziele verbindlich skizziert, die wir mit der Galopprennbahn verbinden.

Herr Röwekamp, Sie haben auch die Bürgerbeteiligung angesprochen. Ich meine, wir haben ja auch gleich im Anschluss noch einmal eine Sitzung der Baudeputation. Üblicherweise ist es schon so, dass ein Planaufstellungsbeschluss im Prinzip der Kick-off ist, und dann wird die Bürgerbeteiligung auch angeschlossen, die uns sehr wichtig ist. Das ist das übliche Verfahren. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie woanders vor einem Planaufstellungsbeschluss jemals die Bürgerbeteiligung gefordert hätten, null!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Im Gegenteil, beim Neustädter Hafen gehen Sie an die Zeitung und haben ja noch nicht einmal von Ihrem Landesvorsitzenden das Okay oder haben jemals mit der Hafenwirtschaft oder mit dem Beirat geredet. Da haben sie Vorschläge – –.

(Zurufe Abgeordneter Strohmann [CDU] – Abgeordneter Strohmann [CDU]: Sie dürfen hier nicht solche Unwahrheiten sagen!)

Herr Strohmann, entspannen Sie sich einmal, ich bin nämlich auch ganz entspannt! Haben Sie das mit dem Beirat besprochen? Hatten Sie eine Bürgerbeteiligung, bevor Sie da die Bebauung gefordert haben? Ich glaube nicht!

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Es geht um den Büropark Oberneuland!)

Nein, es geht mir jetzt um den Neustädter Hafen, Herr Roh – –.

(Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Egal!

(Heiterkeit – Abgeordneter Rohmeyer [CDU]: Das finde ich gemein! – Zuruf Abgeordneter Strohmann [CDU])

Es ist gemein! Herr Strohmann, es geht in meinem Beitrag aber nicht um den Büropark Oberneuland,

sondern ich habe gesagt, ich hätte mir so etwas bei Ihnen auch gewünscht, wenn Sie mit großen Flächen wie dem Neustädter Hafen kommen.

Mir ist aber bis zum Ende nicht klar geworden, Herr Röwekamp – und da geht es mir wie Frau Vogt –, was Sie eigentlich wirklich wollen. Sie sagen, Sie sind eigentlich doch nicht gegen eine wohnbauliche Nutzung, aber was Sie wirklich wollen, bleibt sehr nebulös, außer dass Sie jetzt der Bürgerinitiative irgendwie zum Volksentscheid verhelfen wollen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Zurufe Abgeordneter Strohmann [CDU])

Ich finde, wenn Sie sagen, Sie wollen ein Dialogverfahren, dann würde ich mir das bei vielen anderen Beispielen wünschen,

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Und hier nicht?)

wo Sie einfach Ihre Absolution über Flächen geben. Frau Vogt, ganz ehrlich, DIE LINKE zieht nicht unseren Hass in der Baudeputation auf sich,

(Zuruf Abgeordnete Vogt [DIE LINKE])

allerdings oft den Unmut, weil wir es auch nicht verstehen können, wenn man auf der einen Seite immer sagt, wir müssen bauen und brauchen bezahlbaren Wohnraum und wenn man dann selbst bei Flächen wie dem ehemaligen Betriebshof in Bremen-Nord sagt, oh, da gibt es eine Bürgerinitiative, nein, dann wollen wir da doch nicht bauen. Also, ich glaube, da muss man sich auch stringent anschauen, wo man eine Ablehnung hat oder nicht, aber das ist das Problem bei Ihnen.

Wir haben keine Scheu vor dem Volksentscheid, wir Grünen halten ihn für ein demokratisches Mittel. Am Ende trägt die Stadtgesellschaft die Verantwortung für die Entscheidung. Daher, und das meine ich nicht nur für uns hier im Parlament, sondern für alle Wählerinnen und Wähler, ist man gut beraten, sich mit diesem Thema ganz genau auseinanderzusetzen, denn wenn man sich Berlin anschaut, ganz zum Schluss, dann wird immer der Tempelhof genannt –

(Glocke)

ich komme zum Schluss, Herr Präsident! –, der per Volksentscheid als unbebaubare Fläche erhalten blieb. Dennoch ist gerade auch in Berlin aufgrund des Wohnungsmangels das Jammern über viel zu

hohe Mieten extrem groß. Genau vor diesem Spagat, meine Damen und Herren, stehen wir am 26. Mai 2019 in Bremen, und jeder wird die Wahl haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Steiner.

Abgeordnete Steiner (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Beginnen möchte ich heute einmal mit einem Zitat aus unserem Bremer Leitbild, darin heißt es nämlich: „Bremen 20 – eine grüne Stadt am Wasser mit hohen Erholungs- und Umweltqualitäten.“ Nachhaltigkeit gehört zu den übergeordneten Maßstäben, die das Bremen-Leitbild als roter Faden durchziehen, eine Stadt voller Bürgersinn und Sinn für gemeinsam entwickelte Ziele. Das sind einige der Ziele des Bremer Leitbilds. Städtebaulich flankiert wird dies jedoch gefühlt durch die Diskussion heute um die Bebauung der Galopprennbahn in unseren Augen jedenfalls nicht. Gerade die Galopprennbahn ist nämlich tatsächlich eine grüne Oase inmitten der Vahr.

(Heiterkeit, Widerspruch DIE LINKE)

Gerade dort werden diese Grünflächen so stark benötigt.

(Beifall FDP)

Darum herum ist es schließlich eh schon eng genug bebaut. Vielleicht waren Sie dort noch nie, aber fahren Sie einmal in die Vahr, dann sehen Sie, wie eng dieser Stadtteil bebaut ist. Die Rennbahn hat absolut ein großes Potenzial. Das ist eine Grünfläche mit enormem Potenzial. Es ist nämlich eine parkähnliche Landschaft mit verschiedenartigen und flexiblen Nutzungsmöglichkeiten.

(Heiterkeit, Zurufe DIE LINKE)

Sie bietet sich hervorragend an eben auch für soziales Miteinander und kulturelle Vielfalt, attraktive Sportangebote zum Beispiel für Alt und Jung. Altersgerechte Spielelemente, grüne Verweil- und Ruhezonen und auch Hundefreilaufflächen könnten hier entstehen. Auch Erlebnis- oder Trimm-dich-Pfade wären großartig. Das könnten Entwicklungen darstellen, die eine wahre Bereicherung auch für Bremen wären.

(Beifall FDP)

Ja, wir brauchen definitiv Bauflächen für Wohnen und Arbeiten, das wissen auch wir Freien Demokraten – Sie unterstellen uns ja immer anderes –, und wir teilen auch die Einschätzung, dass wir mehr Flächen brauchen. Die Bebauung der Rennbahn aber steht dem Leitbild einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt völlig entgegen.

(Beifall FDP)

Zudem kann die Bebauung übrigens auch zur Folge haben, dass die Stadtteile, die ein hohes Entwicklungspotenzial und jetzt schon einen hohen Entwicklungsnotstand aufweisen, weiterhin vernachlässigt werden. Hier muss in unseren Augen angesetzt werden, um eben nachhaltig auch Wohnraum zu schaffen. Wenn Sie sich das Baulückenkataster einmal anschauen, das zeigt, wie eng die Vahr tatsächlich bebaut ist. Da sind eben nur noch zwei Baulücken bisher ausgewiesen, während andere anliegende Viertel wie Osterholz, Hemelingen und Obervieland weitaus mehr Flächen bereithalten würden.

Die Stadt braucht einen Stadtentwicklungsplan, welcher kurzfristige, mittelfristige und auch langfristige Ziele und Bedarfe bezüglich der Stadtentwicklung im Allgemeinen und Einzelnen für den Wohnungsmarkt, auch für Freizeit- und Sporteinrichtungen sowie für Gewerbeansiedlungen und soziale Einrichtungen aufzeigt und dann auch dementsprechend ausweist. Urbanität und bezahlbares Wohnen müssen genauso an Geltung zum Tragen kommen wie Arbeiten und eben auch Freizeitgestaltung.

Wir sollten uns auch anschauen, wie viele Wohneinheiten überhaupt in den nächsten fünf Jahren entstehen und wie viel wir erwarten dürfen. Wir haben uns das einmal angeschaut. Es kommt ja einiges zusammen. Zum Beispiel in der Überseestadt macht die GEWOBA etwas, für 2019 wird die Fertigstellung prognostiziert. Dann der Europahafenkopf, wir haben das Europaquartier, wir haben die Überseegärten, die Otto-Brenner-Allee, die Hans-Hackmack-Straße, es gibt die Hafentour, das Hulsberg-Quartier, wir haben so viele Sachen. Wir haben es einmal ausgerechnet. Allein in den nächsten fünf Jahren entstehen ungefähr 6 700 Wohneinheiten, die fertiggestellt werden, und das ist wirklich eine Menge.

Ja, Bremen braucht Impulsprojekte, und das auch in unseren Augen gern in ansehnlicher Höhe gestaltet, aber ob die Rennbahn jetzt noch hier das

entscheidende Gebiet ist, was wir auch noch zu bauen müssen, das glauben wir eben nicht.

(Beifall FDP – Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Jetzt diskutieren wir heute ein Volksbegehren. Als überzeugte Freie Demokratin schlägt mein Herz dabei natürlich höher.

(Zurufe Abgeordnete Vogt [DIE LINKE])

Frau Vogt, ich habe Ihnen gerade durchaus mit Geduld zugehört, es wäre sehr schön, wenn Sie das bei mir auch tun würden.

(Beifall FDP – Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Es ist unerträglich!)

Es ist bewundernswert, mit welcher Haltung und vor allem auch mit welchem Beharrungsvermögen hier seitens der Bürgerinnen und Bürger gekämpft wurde und für ihren Stadtteil gekämpft wurde. Über 29 000 Unterschriften sind zustande gekommen, und das ist wirklich eine beachtliche Zahl, die mir jedenfalls zeigt, den Bremerinnen und Bremern geht es hier wahrlich um eine Herzensangelegenheit.

(Beifall FDP – Unruhe)

Nein, Herr Tschöpe, es ist nicht Wahlkampf, und es hat auch nichts mit Wahlkampf zu tun, wie Sie es gerade auch Herrn Röwekamp unterstellt haben, sondern ganz ehrlich, es ist auch eine Frage von Glaubwürdigkeit in der Politik.

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Genau!)

Diesen Herzenswunsch der Bürger können und wollen wir jedenfalls nicht ignorieren, sondern wir wollen diese Leistung anerkennen. Auch daher gilt uns ein großer Dank an die Bürgerinitiative für das Engagement an dieser Stelle.

(Beifall FDP)

Wir beklagen immer wieder, dass Politik und Gesellschaft mehr und mehr auseinanderdriften. Viele Menschen sagen, sie fühlen sich von den Politikern eben auch nicht ernst genommen oder würden sich nicht abgeholt fühlen. Jetzt ist der Moment, in dem wir zeigen können, dass wir es ernst meinen. Jetzt haben wir die Chance zu zeigen, dass wir eben nicht nur zuhören, sondern auch nach Bürgerwillen handeln, dass wir die Demokratie in ihrer vollen

Ausprägung nämlich damit auch leben. Gerade deshalb setzen wir, die Freien Demokraten, uns für das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ein und unterstützen das Volksbegehren im vollen Umfang in dem Fall. Eine Weiterentwicklung der Rennbahn sollte auf jeden Fall am 26. Mai 2019 entschieden werden. Dann werden wir sehen, was unsere Bremerinnen und Bremer tatsächlich haben wollen.

Abschließend bleibt noch die Frage offen, wo eine entsprechende stadtnahe Ausgleichsfläche und Ersatzanlage für die öffentlichen Sport- und Freizeitgestaltungen entstehen soll. Die Punkte für einen Gegenvorschlag des Regionalausschusses Galopprennbahn können wir jedenfalls so nicht mittragen. Neben der Bebauung mit bis zu 1 200 Wohneinheiten sehen wir vor allem die Vergabe der Bauflächen über Erbbaurecht kritisch. Dies gilt nämlich insbesondere für die Vergabe von Bauflächen für Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern. Die geplante Bebauung ist auch hinsichtlich der sozialen Durchmischung für uns kritisch zu sehen. Dies gilt nämlich besonders für die größeren Bauflächen, welche an die GEWOBA oder BREBAU vergeben werden sollen. Wenn ich mir den Koalitionsantrag so anschau, ist das gefühlt ein Vorgeschmack auf dem Weg nach Rot-Rot-Grün. Das ist absolut das, was wir nicht wollen.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ich mir vorstellen, dass Sie das nicht wollen!)

Denn ganz ehrlich, wir gehen weg vom privaten Markt, Sie gehen hin zu purem Sozialismus, und das machen wir hier jedenfalls nicht mit.

(Beifall FDP – Lachen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir wollen hier eben nicht nur Volkseigentum, sondern wir wollen lieber ein Volk voller Eigentümer. Liebe Frau Vogt, übrigens, Ihr Argument, dass Sie gesagt haben, die Privaten würden alles so überziehen, überzeugt auch nicht, denn wir haben schließlich eine funktionierende Sozialbauquote von 25 Prozent, was Ihr Argument völlig zunichtemacht.

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Nein, das haben wir nämlich nicht!)

Ein Beispiel für eine andere Bebauung und für die Nahverdichtung! Wir setzen nämlich lieber neben einer Nahverdichtung von Baulücken auf eine höhere Bebauung. Ein Beispiel hierfür ist übrigens

auch die Überseeinsel, denn das Gelände ist prädestiniert für ein Modellquartier mit höherer Bauweise. Auch hoch kann man heutzutage vernünftig bauen, wenn wir uns einmal andere Städte anschauen. Es muss nicht alles grausam aussehen.

Die Galopprennbahn jedenfalls sollte erhalten bleiben. Übrigens glaube ich, es ist hier niemand gegen das Abreißen von Zäunen, sondern das können wir gern öffnen, dass jeder dort Zugang hat. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu reden. Ich glaube, das ist selbstverständlich. Fakt ist, wir sollten im Rahmen eines städtebaulichen Konzepts hier die Rennbahn neu definieren und für öffentliche Freizeitaktivitäten und Sportevents auch umgestalten und dementsprechend für alle öffnen.

Wir möchten jedenfalls, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in das zukünftige Rennbahnkonzept auch mit einfließen, und wir würden uns wünschen, dass wir ein zukunftsfähiges und lebenswertes Bremen vorfinden, in dem sich jeder wohlfühlt und in dem sich auch die Bremerinnen und Bremer ernst genommen fühlen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP – Unruhe)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Remkes.

Abgeordneter Remkes (BIW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Vorweg, die Bürger in Wut sind gegen die Bebauung der Rennbahn. Das Rennbahngelände in der Vahr soll bebaut werden, das ging aus einem Gutachten und einem Beschluss der Koalition hervor, was auf einem Info-Abend zur Zukunft des Areals auch vorgestellt wurde. Die Anwohner der Rennbahn haben Bedenken wegen der Grundwasserstände und des starken Verkehrsaufkommens, denn es liegt ja, wie erwartet, auch kein Verkehrswegeplan vor. Die Behörde sagt einfach, das werde schon klappen, ohne sich Gedanken zu machen. Tausend Autos mehr oder weniger machen ja auch im Berufsverkehr keinen Stau aus, keinen Lärm und keinen Feinstaub. Wo bleiben da die grünen Motive?

Die Bürgerinitiative hat sich für den Erhalt des Rennbahngeländes als grüne Lunge eingesetzt und zusammen über 29 000 Unterschriften gesammelt. Ihr gebührt ein besonderer Dank, denn die Initiative hat Erfolg gehabt und somit ein Volksbegehren erzwungen, warum wir heute auch hier sind, das zu

einem Volksentscheid führen wird. Wir unterstützen dies weiterhin, vielen Dank dafür!

Aber worum geht es eigentlich hier? Auf dem rund 35 Hektar großen Gelände an der Ludwig-Roselius-Allee sollen laut Koalition rund 1 000 Wohnungen oder mehr gebaut werden. Ziel der Initiative ist, die Fläche für Erholung, Freizeit, Sport und Kultur sowie als grüne Ausgleichsfläche zu erhalten. Diese grüne Lunge ist bei der starken Bebauung in der Vahr und der Industrieansiedlung im Bremer Osten nämlich sehr wichtig. Insbesondere ist der Raum um die Rennbahn bereits in den Achtzigerjahren wegen Mercedes sehr dicht bebaut worden.

Zusammen mit der Bürgerschaftswahl im Mai soll der Volksentscheid über die Rennbahn mit zur Abstimmung kommen.

Dem Rennverein war bereits 2016 gekündigt worden, also viel zu früh, wir schreiben jetzt das Jahr 2019. Die Rennsaison hätte auf jeden Fall auch etwas weiterlaufen können. Um vom Golfclub befreit zu werden, wurde dessen Vertrag, der regulär noch bis zum Jahre 2034 gelaufen wäre, gekündigt und eine Entschädigung von fast vier Millionen Euro bezahlt. Eine Kündigung wie auch bei der Gaststätte Lankenauer Höft war viel zu früh, weil auch da noch keine Pläne vorlagen, aber erst einmal gekündigt wurde, das musste so sein. Also nur wieder von A bis O gedacht und nicht bis Z. Ob Existenzen dabei vernichtet werden oder nicht, ist dem Senat egal. Auch ist der Senat wieder einmal vollkommen überrascht, wie viel Resonanz es wegen der Bebauung der Rennbahn durch die Bevölkerung gab. Haben sie eigentlich noch das Ohr am Volke, wie es so schön heißt, oder ist der grüne Tisch ihre Plattform?

Der Bürger will sich für Grün statt Beton entscheiden. Unser Bausenator, Herr Dr. Lohse, verteidigt seine Baupläne, das ist sein gutes Recht, und er nannte die gesammelten Unterschriften einen Achtungserfolg der Bürgerinitiative. Er sagte, Bremen sei eine wachsende Stadt, wer die Bebauung der Galopprennbahn ablehne, müsse Alternativen nennen, wo der Siedlungsdruck hingehen soll. Das können wir Ihnen sagen, Herr Senator! Es gibt zum Beispiel eine Untersuchung aus Ihrem eigenen Haus, die FDP hat es vorhin schon genannt, das sogenannte Baulückenkataster, wobei eine Verdichtung der Stadt intern den gewünschten Wohnraum durch Neubau beziehungsweise auch Aufbau erzielen würde, ohne neue Flächen zuzubetonieren. Da könnte man zum Beispiel mehrere Hundert,

wenn nicht vielleicht auch Tausend Wohnungen bauen.

Kennen Sie eigentlich New York, eine der am dichtesten besiedelten Städte der Welt? Die New Yorker lieben ihre Stadt wie wir unser Bremen. Doch sie haben einen Park, der heißt Center Park, den sie genauso lieben wie ihre Stadt.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der heißt nicht Center Park, der heißt Central Park! – Abgeordneter Tschöpe [SPD]: Aber einen Park haben wir auch, oder?)

Central Park, Entschuldigung, aber Sie haben wenigstens aufgepasst! Es freut mich, dass Sie mir zuhören. Den würden sie nie aufgeben, denn der gehört genauso zum Alltag wie die teuren Wohnungen, teilweise über 20 Millionen Euro. Was glauben Sie eigentlich, was der Grund und Boden dort kostet? Trotzdem wird auch bei großem Wohnungsmangel in New York dieser Park als Baufläche nicht angerührt. Es wird verdichtet, das hat Stil. Legen Sie Programme dafür auf, das wäre auch ein Weg! Die Lebensqualität sollte manchem Stadtplaner ebenso wichtig sein wie neuer Wohnraum. Es wird eben nicht so wie in Bremen bestimmt, wo ist die nächste Fläche, dahin bauen wir jetzt!

Trotzdem ist es nicht unsere Aufgabe, Ihre Arbeit zu machen. Sie sind der Senator, Sie müssen Ideen und Visionen bringen und nicht wir! Sie müssen das Ohr am Volke haben. Sie wollen Volksvertreter sein, dann tun Sie das auch bitte! Gestalten Sie einen Erholungspark für die Menschen, die sich danach sehnen!

Noch etwas: Anfänglich wollte die Koalition von SPD und den Grünen das gesamte Gebiet bebauen. Nun wollen die Grünen nur noch die Hälfte bebauen. Diesen geistigen Sinneswandel glaubt Ihnen doch niemand. Das ist doch alles schon Wahlkampf und die Angst, dass viele Bürgerinnen und Bürger Sie dadurch vielleicht nicht mehr wählen würden.

Machen Sie sich die Arbeit und bieten Sie den Bürgern und Bürgerinnen endlich eine Alternative zu Ihrem Bauvorhaben, zum Beispiel einen Erholungspark! Oder wollen Sie auch hier wieder den gleichen Fehler machen wie in der Überseestadt? Auf dem Kellogg's-Gelände bauen zu wollen, was wir sehr befürworten, sich aber wieder einmal keine Gedanken zu machen über eine passende

Entlastung und einen zusätzlichen Verkehrswegeplan! Auch da quälen sich die Autofahrer täglich auf und ab bei der B 75, um zur Arbeit zu kommen oder nach Hause zu kommen, obwohl das Gelände bei Kellogg's noch gar nicht bebaut ist. Sie werden noch sehen, was für ein Verkehrsproblem da auf Sie zukommen wird! Dies ist aber besonders gut, auch für die Umwelt. Gehen Sie endlich in sich und bieten den Menschen sinnvolle und auch einmal andere Lösungen zum Erhalt der Lebensqualität und der Entspannung in unserem doch so harten Alltag!

Ja, Bremen braucht Wohnungen, dafür sind wir auch. Eine Bebauung der Rennbahn lehnen wir aber ab. Wir werden dem Begehren der Bürgerinitiative zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall BIW)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Dr. Sieling.

Bürgermeister Dr. Sieling: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremen ist eine wachsende Stadt. Die Bremerinnen und Bremer brauchen Wohnraum. Wir haben in den letzten Jahren die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Bremen von 540 000 auf 570 000 gesteigert. Dieser Senat hat die Zahl der Baugenehmigungen jährlich erhöht von ursprünglich 1 000 Wohneinheiten auf jetzt 2 500 Wohneinheiten. Diesen Weg müssen wir weitergehen.

(Beifall SPD)

Bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale soziale Frage, gerade in dieser Zeit. Wir haben steigende Mietkosten und soziale Verdrängung. Wir haben die Situation, dass Menschen in die niedersächsischen Nachbargemeinden ziehen müssen, weil sie nicht genug Wohnraum hier finden. Das Rennbahnquartier ist eine große Chance, dem entgegenzutreten, und ich will diese Chance nutzen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall SPD)

Im Übrigen, die Frage der wachsenden Städte und der wachsenden Stadt ist in diesem Haus immer sehr einvernehmlich diskutiert worden, und, ich darf einmal sagen, auch von der rechten Seite dieses Hauses sind wir immer gemahnt worden, in dem Bereich die Anstrengungen zu verstärken. Nun wird gefragt, wie wir denn eigentlich Ende

2015 als Senat auf die Idee gekommen sein könnten, das Rennbahnquartier als Wohngebiet zu entwickeln. Dann will ich der Opposition dort ein bisschen junge Nachhilfe geben.

(Unruhe CDU – Abgeordneter Strohmann [CDU]: Da freuen wir uns!)

Im Sommer 2015 haben wir in der Tat den zitierten Koalitionsvertrag abgeschlossen. Im September 2015 war es Bundeskanzlerin Merkel (CDU), die eine richtige Entscheidung getroffen hat, nämlich, den vielen Fliehenden dieser Welt zu helfen, und danach hatten wir hier eine Herausforderung, Wohnraum zu schaffen. Darauf hat der Senat reagiert mit einem Sofortprogramm und vielen Umsetzungen, und darauf hat der Senat auch reagiert durch die Mobilisierung aller möglichen Flächen, meine Damen und Herren! Dazu gehört auch das Rennbahnquartier.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Entscheidung war richtig! Es ist schon erläutert worden, dass wir in einer Situation sind, dass in einer gut erschlossenen Lage der Stadt und in einer besser erschließbaren Lage ein Gelände ist, was sehr gut für Wohnungsbau nutzbar ist, und das werden wir machen, und ich darf hier ganz deutlich sagen, wir haben auch in den letzten Jahren und werden das auch weiter so tun, dafür gesorgt, dass Bremen eine Stadt bleibt, die wächst und gleichzeitig eine grüne Großstadt bleibt, eine lebendige Großstadt mit hoher Lebensqualität. Das werden wir auch auf diesem Gebiet verwirklichen, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Um es sehr klar zu sagen, und die Beschlussfassung des Senats ist an der Stelle eindeutig, wir wollen ein hochwertiges Quartier mit einem Mix aus unterschiedlichen Wohnformen und Nutzungsformen dort ermöglichen, es wird dort keine Hochhausbebauung und keine Gewerbenutzung geben, es wird eine ökologische Aufwertung stattfinden, und wir wollen Wohnraum schaffen für Familien, für junge Leute, Studierende, Senioren, für die gesamte Bevölkerung, meine Damen und Herren, da kann man nur dafür sein, wenn man für Bremen ist, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nun wird hier gesagt, wir hätten die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht ordentlich vorgenommen. Ich will Ihnen sehr deutlich sagen und auch aufzeigen, dass wir das natürlich anders gemacht haben. Der erste Punkt ist, wir mussten eine Rechtsgrundlage herstellen dafür, dass wir überhaupt handeln und planen dürfen. Dafür haben wir die Baudeputation gebeten, mit sehr allgemein gehaltenen Zielen einen Planaufstellungsbeschluss zu fassen, der übrigens dann auch erst Grundlage war, um weitere Nutzungen dieser Fläche möglich zu machen, Stichwort Golf-Range, der man kündigen muss, wenn man dort Wohnen entwickeln will. Das haben wir damit gemacht.

Dann waren es die Ressorts in vielen einzelnen Bereichen, die dort Beteiligung durchgeführt haben. Das Bauressort mit Senator Dr. Lohse, das Wirtschaftsressort genauso mit Senator Günthner und andere haben politisch dafür gesorgt, dass dort unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern solch eine Entwicklung stattfinden kann. Meine Damen und Herren, dies war so positiv, dass die gewählten Beiräte in der Vahr und in Hemelingen das unterstützen, das ist eine Angelegenheit, die auch im Stadtteil mehrheitlich getragen wird, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will mich an dieser Stelle sehr herzlich bedanken bei dem gebildeten Regionalausschuss. Auch das haben wir selten, dass Vertreter eines Ausschusses beider Beiräte, beider Stadtteile, nicht gegeneinander arbeiten, dass die Beiräte nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip agieren, indem der eine sagt, bei uns, bei mir soll nicht gebaut werden, lass es bei dir machen und umgekehrt. Sondern dass hier gemeinsam im Interesse Bremens an einem Strang gezogen wird, und das sollte diese Stadtbürgerschaft unterstützen, der Senat tut es jedenfalls, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich dieser Debatte folge, stelle ich mir eine Reihe von Fragen, die sich insbesondere darauf beziehen, wie denn die Opposition dieses Hauses auf der rechten Seite, die sich hier so vehement auf die Seite der Bürgerbeteiligung stellt, mit den heute hier debattierten Herausforderungen umgehen will. Die Frage wurde schon gestellt, wann das eigentlich bei anderen Themen passiert ist. Ich will einmal für mich und für den Senat sagen, dass wir uns nicht nur, ich selbst in verschiedenen Veranstaltungen in den Stadtteilen, der Diskussion in der

Sache gestellt habe, sondern wir haben, nachdem die Unterschriften eingeholt waren, im September des letzten Jahres die Initiatoren und die Bürgerinitiative vor Beschlussfassung des Senats ins Rathaus eingeladen, ein Gespräch darüber geführt und erläutert, dass wir als Senat den Weg freimachen können, damit jetzt die nächste Phase stattfindet, um die Bürgerbeteiligung und diesen Volkstentcheid zu ermöglichen. Wir haben die Fristen, die wir haben, die Fristmöglichkeiten, nie voll ausgenutzt, sondern dafür gesorgt, dass dieses auch schnellstmöglich erfolgen kann. Ich finde es richtig, dass wir diese Bürgerbeteiligung nutzen, und ich will das sehr deutlich sagen, dieser Senat hat da nie im Wege gestanden, sondern wir haben alles möglich gemacht, damit dieser Entscheid, aber bitte ein in der Sache klarer Entscheid, für Wohnen und Leben in Bremen und auf diesem Rennbahngelände erfolgen kann.

(Beifall SPD)

Die Fragen, die ich mir stelle, lauten hier, wie denn eigentlich die Entwicklung der Zukunft gestaltet werden soll und welche Vorschläge Sie haben. Ich habe das bislang nicht verstanden. Einige Redner der Opposition haben sich noch gemeldet, sie werden uns ja jetzt einmal erklären, wie sie es denn eigentlich hinbekommen wollen, die weitere Entwicklung zu organisieren. Die Prognosen sind eindeutig, dass wir auf über 580 000 Einwohner in dieser Stadt gehen, mehr als 10 000 kommen hinzu bis zum Jahr 2025. Es gibt Verbände, Organisationen, Kammern in dieser Stadt, die sagen, auch Stimmen aus den Oppositionsparteien auf der rechten Seite, das Ziel müsst ihr euch als Senat zu eigen machen, über 600 000 Einwohner sollen wir haben in Bremen. Dann erklären Sie uns bitte, wie Sie das mit Ihrer Verweigerungshaltung realisieren wollen.

(Abgeordneter Bensch [CDU]: Der rechten, nicht?)

Des Weiteren kommen Sie mir jetzt nicht damit seitens der Christdemokraten, die auf der rechten Seite des Parlaments sitzen –. Widerspricht mir da jemand? Nein!

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Geht doch! – Abgeordneter Dr. vom Bruch [CDU]: Schon besser!)

Der Christdemokraten, dass Sie beigegeben und die Axt an eine Lebensader Bremens legen und den Neustädter Hafen zuschütten wollen, Arbeitsplätze vernichten wollen, um dort Wohnungsbau zu betreiben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das haben Sie ja noch nicht einmal in Ihren Parteiliegungen zum Beschluss bekommen bisher, aber das ist Ihr Problem. Sie wissen jedoch auch, dass die Verträge dort ermöglichen, dass Sie erst im Jahr 2027 dort anfangen können zu bauen. 2025 sind wir bei über 580 000 Einwohnern. Beantworten Sie mir, wie Sie für die Menschen bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen, beantworten Sie uns diese Frage, wenn Sie gleichzeitig bei einer solchen Möglichkeit hier Verweigerung betreiben und dafür sorgen, dass wir keine Verlässlichkeit haben. Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren, das geht so nicht, das ist keine verantwortliche Politik. Ich bitte alle, darüber nachzudenken, auch wie Sie sich in den nächsten Wochen positionieren, denn es gibt auch ein Leben nach dem 26. Mai.

(Zurufe)

Es ist, glaube ich, wichtig für alle, dass Sie auch dann sich noch an Ihr Wort halten können. Dafür muss man eine richtige Position haben, die das Wohnen dort ermöglicht. Deshalb will ich an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen, uns geht es mit dem Vorschlag, der übrigens immer seitens des Bauressorts und seitens des Senats so bestanden hat, etwa die Hälfte für Wohnen und die andere Hälfte für Infrastruktur und so weiter zu nutzen, was wir jetzt gut präzisiert haben, dass dieses nicht bedeutet, dass es einen Volksentscheid geben wird über die Frage grün oder rot, sondern am 26. Mai kann man darüber abstimmen, und ich bitte die Bürgerschaft, das heute schon zu tun, man kann mit einem Nein zu diesem Volksbegehren sagen, wir sind für Wohnen im Grünen, meine Damen und Herren,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

denn das wird ein Gebiet höchster Qualität, das wird Wohnen im Grünen. Ich bitte die Opposition sehr, sich an der Stelle zu besinnen, und ich bitte Sie, sich darauf zu konzentrieren, dass Sie für Bremen arbeiten müssen und nicht für Einzelinteressen hier gewählt sind, meine Damen und Herren! – Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und

Herren! Ich habe natürlich über das eine oder andere Argument aus dieser Debatte nachgedacht und will dann auch zu dem Vorwurf, wir würden hier Wahlkampf machen, gern zwei Bemerkungen machen.

Erstens: Ehrlicherweise finde ich, Wahlkampf ist erst einmal nichts Schlechtes, sondern wir treten am 26. Mai im politischen Wettbewerb miteinander an und werben um Stimmen für die nächste Bürgerschaftswahl und für unsere Kandidatinnen und Kandidaten. Dieses Werben nennt man Wahlkampf. Dass die politischen Parteien dabei unterschiedliche Schwerpunkte haben, finde ich in Ordnung. Wahlkampf ist nichts, was ich anstößig oder schlecht finde, Wahlkampf ist Teil der Demokratie, und dem stellen wir uns als CDU-Fraktion selbstverständlich.

(Beifall CDU)

Weil Sie jetzt aber gesagt haben, ich hätte eben mit meiner Rede schon Wahlkampf gemacht,

(Abgeordneter Tschöpe [SPD]: Jetzt geht es los!)

möchte ich diesen Vorwurf durch diese Rede tatsächlich rechtfertigen, sehr geehrter Herr Kollege Tschöpe. Ich habe mir nämlich einmal einen Moment die Frage gestellt, da Sie, DIE LINKE, SPD und auch die Grünen, übereinstimmend, unisono sagen, die Fläche habe keinen ökologischen Wert,

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Keinen hohen ökologischen Wert!)

was eigentlich mit dem Wert dieser Fläche wäre, wenn auf dieser Fläche ein Schlammpeitzger wohnen würde.

(Heiterkeit CDU)

Wie würde dann wohl die Debatte hier geführt werden? Ich bin mir ziemlich sicher, Frau Dr. Schaefer, dass Sie dann nicht nur an der Seite der Bürgerinitiative wären, Sie hätten sie wahrscheinlich gegründet und wären mit ihr von Tür zu Tür gezogen, um gegen die Bebauung dieses Geländes zu protestieren, und zwar mit dem Ergebnis, dass das herauskommt, was jetzt als Ergebnis herauskommt,

(Beifall CDU, BIW – Zuruf Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen])

und dann frage ich Sie in Wahlkampfmanier, sind 29 000 Menschen unwichtiger als ein Schlammpeitzger auf dieser Fläche? Ich sage nein, Frau Dr. Schaefer, das sind sie nicht!

(Beifall CDU, BIW – Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweite Bemerkung: Ich sage, mir sind die Anliegen der Menschen wichtig, die sie bekundet haben, indem sie die Bürgerinitiative unterstützen, indem sie mit ihrer Unterschrift dafür eintreten, dass auf diesem Gelände kein Wohnungsbau in der verdichteten Art und Weise stattfindet, wie Sie das planen. Ich finde, Sie tun diesen Menschen unrecht, wenn Sie sagen, das sei eine geringwertige oder unwertige Fläche. Diesen Menschen ist die Fläche wichtig, und deswegen sollte sie uns auch in der Debatte sehr wichtig sein, sehr geehrte Frau Dr. Schaefer!

(Beifall CDU, BIW)

Dritte Bemerkung: Sie haben gesagt, die CDU kritisiere immer, wir hätten zu wenige Wohnungen, und jetzt, wenn einmal eine Fläche vorhanden sei, sei sie dagegen. Ja, Frau Dr. Schaefer, was haben Sie denn zu Ihrem Lebensmotto gemacht? Wie oft hat der Kollege Pohlmann, wie oft hat der Kollege Tschöpe schon dafür geworben, dass wir endlich in Brokhuchting bauen, dass wir endlich auch über die Bebauung der Osterholzer Feldmark nachdenken, dass wir endlich einmal in Hemelingen zu einem Ergebnis kommen? Wer ist denn immer dagegen, dagegen, dagegen? Das sind doch Sie! Werfen Sie uns doch nicht vor, wir würden Flächen verhindern, nur weil Sie über Jahre keine Wohnbauflächen zur Verfügung gestellt haben, Frau Dr. Schaefer!

(Beifall CDU – Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Nein, ich fürchte, wenn sie mich etwas fragt, würde ich mich aufregen, das möchte ich nicht.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Dogan: Das möchten Sie nicht? Entschuldigen Sie, Frau Dr. Schaefer, der Abgeordnete gestattet keine Zwischenfrage!

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Das meine ich nur, weil Sie sagen, die CDU hätte keine Stringenz, man könne nicht für Wohnungsbau sein und dann

gegen eine Fläche. Ich sage ganz bewusst, ja, wir brauchen Wohnungsbau. Ja, ich sage auch – und darüber wollen wir Wahlkampf mit Ihnen führen –, Sie haben als Regierungskoalition in den letzten zwölf Jahren zu wenig für den Wohnungsbau in den beiden Städten unseres Landes getan. Wir haben eine Preisspirale, Herr Tschöpe, wie Sie sie beschrieben haben. Wer aber trägt denn dafür die Verantwortung? Doch nicht die CDU, weil sie sagt, wir wollen auf diesem Gelände nicht 1 000 Wohnungen bauen, sondern Sie, weil Sie in den letzten zwölf Jahren Ihrer Regierung einfach nicht genügend Wohnraum zur Verfügung gestellt haben! Das ist das Problem in unserer Stadt!

(Beifall CDU – Abgeordneter Pohlmann [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Da können Sie noch so tolle Baugenehmigungszahlen aufführen.

Ich sage Ihnen einmal, was Sie für Wohnungsbau betrieben haben: Sie haben für die Reichen in dieser Stadt gebaut, indem Sie hochwertigen, hochpreisigen Wohnungsbau in der Überseestadt, an der Stephanibrücke, überall in dieser Stadt realisiert haben.

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben in den letzten Jahren angefangen, über die Gewoba sozialen Wohnungsbau zu organisieren, aber was haben Sie eigentlich in den letzten zwölf Jahren für den Mittelstand in dieser Stadt getan? Wo sind Einfamilienhausflächen entstanden?

(Beifall CDU)

Wo ist bezahlbarer Wohnraum für die Durchschnittsfamilie entstanden? Nichts haben Sie getan, Herr Tschöpe!

(Beifall CDU, BIW)

Jetzt zu sagen, weil wir nichts getan haben, müsst ihr unserer Fläche zustimmen, das ist nicht stringent, und deswegen gehen wir diesen Weg auch nicht mit, Herr Tschöpe.

(Beifall CDU, BIW)

Ehrlicherweise, Herr Bürgermeister, wenn Sie dann von sozialer Verdrängung sprechen! Ich meine, dass Sie von Verdrängung reden, kann ich ja noch verstehen, aber von sozialer Verdrängung?

(Heiterkeit CDU)

In den letzten Jahren sind wieder Tausende von Menschen aus Bremen weg in das niedersächsische Umland gezogen, und das sind die Familien, die in Bremen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben. Deren Kinder gehen hier idealerweise in den Hort und in die Kita, deren Eltern brauchen wir dringend in unseren Schulen! Der Wegzug dieser Familien verstärkt die soziale Spaltung unserer Stadt, und dann sprechen Sie von sozialer Verdrängung?

(Beifall CDU, BWI)

Wenn jemand in dieser Stadt soziale Verdrängung aktiv betrieben hat, Herr Bürgermeister, dann sind das Sie und Ihre Regierungskoalition!

(Beifall CDU, BIW)

Eine letzte Bemerkung – –.

(Abgeordnete Krümpfer [SPD]: Sehr populistisch!)

Ja, genau, das ist Ihnen ja völlig fremd!

(Heiterkeit, Beifall CDU)

Ich will einen letzten Satz zum Thema Alternativen sagen. Ich bin ja froh, dass Sie unsere Alternative selbst benannt haben. Übrigens, die CDU hat nirgendwo gesagt, wir wollen einen Bebauungsplan, einen Planaufstellungsbeschluss für Wohnungsbau in den Neustädter Häfen. Was wir wollen, ist das, was wir auch immer wieder sagen: Wir wollen einen Ideenwettbewerb. Wir wollen mit den Flächen, die es in Bremen gibt, möglichst sorgsam umgehen, und dann muss man eben schauen, auch alternativ zu den Standorten: Welche Nutzung bietet sich in Zukunft für welche Fläche am ehesten an?

Ich bin ja froh, dass Sie in Ihr Wahlprogramm hinschreiben, die einzige Forderung, die nicht geht, ist, dass die Neustädter Häfen für Wohnungsbau genutzt werden. Zuschütten will diesen Hafen übrigens kein Mensch, das können Sie ruhig weiter verbreiten, es stimmt nicht. Aber ich bin auch froh, dass Sie die Einzigen sind, die eine andere Partei in ihrem Wahlprogramm erwähnen, nämlich die CDU. Das finde ich gut.

(Heiterkeit, Beifall CDU)

Das ist in Ordnung, damit können wir gut umgehen. Wenn Sie noch Textstellen brauchen, sagen

Sie Bescheid! Wir sind leistungsfähig und können auch an anderen Stellen liefern, bei der Bildung, im sozialen Zusammenhalt unserer Stadt, bei der Frage, wie wir es eigentlich schaffen, den OTB realisiert zu bekommen. Wenn Sie da Nachhilfe brauchen, holen Sie sich die lieber nicht beim Bürgermeister! Holen Sie sich die bei der CDU-Fraktion, wir haben nämlich die besseren Ideen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Aber Sie sagen, da wollen wir keinen Wohnungsbau, wir wollen lieber da den Wohnungsbau: Ja, es mag sein, dass wir in diesen Wettbewerb eintreten,

(Glocke)

aber ich will am Ende dieser zweiten Runde ausdrücklich noch einmal sagen, ich finde es falsch, hier die Behauptung aufzustellen, die CDU würde die Initiative nur aus Wahlkampfgründen unterstützen. Wir haben seit dem Jahr 2015 immer gesagt, dass wir Ihre Pläne für dieses Rennbahngelände ablehnen. Seit dreieinhalb Jahren haben wir Ihre Pläne abgelehnt, immer und immer wieder! Dass es jetzt zum Wahlkampfthema wird, liegt nicht an uns, sondern das liegt an den Zeitabläufen, die Sie selbst zu verantworten haben.

(Beifall CDU)

Ich bin froh, dass die Menschen die Entscheidung bekommen, nicht ob das Gelände Rennbahn bleibt oder für Wohnungsbau genutzt wird, sondern sie werden die Entscheidung darüber zu treffen haben, ob 29 000 Unterstützer für einen solchen Dialog über solch eine Fläche ausgeschlossen werden sollen oder ob sie ernst genommen werden. Wir als CDU-Fraktion sagen, wir nehmen diese Menschen ernst. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, BIW)

Vizepräsidentin Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bücking.

Abgeordneter Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine formelle Unterstützung des Volksentscheids kommt für unsere Fraktion daher nicht infrage, so Thomas Röwekamp, 26. November 2018. Sollte der Antrag der Bürgerinitiative das Parlament erreichen, wird die CDU-Fraktion in der Sondersitzung der Bürgerschaft dem Gesetzentwurf zustimmen, so Thomas Röwekamp, 30. November. Dann war

Weihnachten, aber nicht all die Dinge, die Herr Röwekamp eben vorgetragen hat – -. Das müssen ganz andere Motive sein, und ich sage euch von der Bürgerinitiative, sucht euch eure Verbündeten aus.

(Heiterkeit)

Mit denen habt ihr auf lange Sicht keine Freude.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Ist das eine Drohung?)

Es ist schon ein beeindruckendes Feuerwerk, in der Lage zu behaupten, wir, die CDU, sind leidenschaftlich für die Entwicklung dieser Stadt, und wenn das jemand verhindert, dann ist es die rot-grüne Mehrheit, aber in der Frage, um die es hier geht, sind wir leidenschaftlich an der Seite von Frau Steiner für einen neuen großen 35 Hektar umfassenden Freiraum. Das muss man erst einmal in einer Rede hintereinandermontieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es wundert einen aber nicht so richtig, das schaffen Sie ja, auch wenn keine zwei Monate in diesem Fall dazwischengelegen haben, nur ein paar Sätze lagen dazwischen. Also, Widersprüche in einer Rede verarbeiten, gleichzeitig das Gegenteil und das Hauptteil vertreten, das vermögen Sie.

Zur Sache selbst! Wir nehmen die 39 000 Unterschriften und die dahinter liegende Anstrengung der Initiative für das Volksbegehren enorm ernst, deshalb haben wir Rahmenbedingungen für die Planung formuliert in unserem Antrag, die besagen, wir bebauen nur die Hälfte. Die andere Hälfte halten wir frei, weil wir den Eindruck gewonnen haben, dass den Hemeliegern nicht einfach nur ein über das ganze Gebiet ausgebreitetes grünes Wohngebiet wichtig ist, sondern ein großer Freiraum wichtig ist. Dieser große Freiraum wird dort entstehen. Das ist ein vernünftiger, genau auf das Anliegen der Unterstützer der Initiative zugeschnittener Kompromissvorschlag.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Stimmt das, ist das zugeschnitten?)

Ursprünglich hatten wir die Vorstellung, ungefähr zwei Drittel der Rennbahn zu bebauen, ein Drittel Grün zu lassen, aber das Grün zwischen die Häuser zu setzen. Jetzt organisieren wir das anders. Das, glaube ich, ist genau das Richtige. Es ist zudem der

Kern, finde ich, der Kern von dem Verhandlungsprozess, der etwas zu tun hat mit der repräsentativen Demokratie auf der einen Seite, also den Menschen, die hier versammelt sind, mit all den rechtlichen Hintergründen und einer Initiative für einen Volksentscheid. Dazwischen, das ist doch vernünftig, sollte man nicht einfach eine chinesische Mauer stellen und sagen, jetzt sehen wir einmal zu, wer sich durchsetzt, sondern dann muss man anfangen zu verhandeln. In dem Vorschlag zu sagen, die Hälfte bleibt frei, steckt genau das.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir glauben, dass in dieser Stadt der Kompromiss, das Miteinanderreden, das Aushandeln von Alternativen, von einem Suchen nach einem gemeinsamen Weg, gewissermaßen eine unserer Lebensvoraussetzungen sind, weil es so ist, dass die Entwicklung einer Stadt ein konfliktreicher Vorgang ist. Mit jedem Haus, das wir bauen, mit jeder Baulücke, die wir schließen, mit jeder Transformation von einem ehemaligen Industriegebiet in ein Wohngebiet, mit jedem Ausweisen neuer Flächen für Gewerbehallen ist ein Konflikt verbunden. Stadtentwicklung ist kein Deckchensticken, um Mao zu zitieren.

(Abgeordneter Tschöpe [SPD]: Was der alles so weiß!)

Sondern es ist eine sehr ernste, sehr schwierige und sehr konfliktreiche Angelegenheit. Daher ist es so wichtig, dass alle Leute, die Verantwortung übernehmen wollen, sollen, haben, sich darüber Gedanken machen, wie sie diese Verantwortung in diese Konflikte hineintragen. Meiner Meinung nach ist das unverantwortlich, was Frau Steiner und Herr Röwekamp hier vorgetragen haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie verabschieden sich aus der Frage, wie kann es uns mit Kommunikation, mit klugen Verfahren, mit Argumenten, mit Verhandlungen, mit Bildern und mit Worten gelingen, in dieser Stadt eine Mehrheit für Entwicklung zu organisieren. Entwicklung ist nämlich notwendig, um zu erreichen, dass genügend Angebote vorhanden sind, um Menschen davon abzuhalten in das Umland abzuwandern, das Pendeln zu reduzieren, welches Verhandeln ist notwendig, um zu erreichen, dass Menschen, die wenig Geld haben, eine vernünftige Wohnung haben in angemessener Größe, an einem vernünftigen Standort, in einer Umgebung, die das Leben in

der Stadt lebenswert hält. Das müssen wir doch erreichen, dafür müssen wir doch werben. Dafür müssen wir doch bereit sein, in einen Streit zu gehen. Wenn wir uns davor drücken, nur weil wir glauben, mit solcher Spielerei könnten wir ein paar Stimmen mehr bekommen, dann sind wir schlecht beraten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)

Es ist nun einmal so, wir befinden uns in einem Wettkampf, den man Wahlkampf nennt, bei dem alle politischen Parteien, alle politischen Persönlichkeiten ein bisschen miteinander verglichen werden. Das ist auch gut so. Lassen Sie sich aber in dieser Frage ruhig einmal Maß nehmen, denn es wird hervorkommen, dass Sie für die Hoffnung auf ein paar Stimmen in der entscheidenden Frage, wie bekommen wir in der Stadt eine Mehrheit für eine gute Zukunft, versagen. Das ist nicht zu empfehlen. – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bernhard.

Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE)¹: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kann ja kein Zweifel darüber bestehen, dass wir im Wahlkampf sind, darüber braucht man sich ja nicht hinwegschummeln. Zur Wahrheit gehört aber auch, und das muss man neidlos anerkennen, dass Schwung und Veränderung in die Debatte insbesondere durch diese Bürgerinitiative gekommen sind. Das ist doch eine Tatsache. Wenn wir jetzt alle Zitate aus der Vergangenheit miteinander vergleichen, das können wir gern alle machen, steht aber doch definitiv fest, dass das noch einmal einen ganz entscheidenden Unterschied gebracht hat. Ich möchte nur daran erinnern, im Planaufstellungsbeschluss von 2016 steht noch der Satz darin, wie viele Erlöse aus dem Verkauf der Fläche zu erwarten sind, lässt sich derzeit nicht genau abschätzen, und es gab Wirtschaftlichkeitsberechnungen dazu. So, das finde ich, war nun kein gutes Zeichen bezüglich dessen, wie mit dieser Fläche umzugehen gedacht wird.

(Beifall DIE LINKE)

Die Auseinandersetzung um das Rennbahngelände, so wie wir sie aktuell führen, ist natürlich auch durchaus Ausdruck aus den Erfahrungen der

Menschen in dieser Stadt mit bisherigen Beteiligungsverfahren. Das darf man auch nicht vergessen. Das hatte verschiedene Aspekte, es hat zum Teil durchaus auch Kompromisslösungen ergeben, aber es hat auch sehr viel Enttäuschung und Frust gebracht, in dem Sinne, dass entsprechende Versicherungen nicht eingehalten worden sind, dass Verdichtungen stattgefunden haben. Da müssen wir uns irgendwann einmal darüber unterhalten, was heißt eigentlich wirklich Beteiligung und was nicht. Das wird noch einmal eine ganz interessante Auseinandersetzung. Was wir auch nicht vergessen dürfen in diesem Zusammenhang, ist der Faktor Zeit. So etwas dauert. Damit haben andere Städte auch entsprechende Erfahrungen gemacht, und wenn ich mir anschau, wie inzwischen neu gebaut wird, spricht das auch nicht immer für sich. Das sind keine Quartiere, die entstanden sind, und man sagt, wow, das ist genau Klasse, das haben wir uns mehrheitlich vorgestellt.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ellener Hof schon!)

Ellener Hof schon, das war aber nicht die Stadt; meines Wissens nicht.

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die Rahmenbedingungen kamen schon von der Stadt!)

Ja, aber die Rahmenbedingungen wurden von außen auch definiert, und sie wurden aufgenommen, und das ist kein Gelände der Stadt. Wenn wir uns das anschauen, wie die Auseinandersetzung im Hulsberg-Quartier war, in der Gartenstadt Werdersee und insbesondere das, was in der Überseestadt entstanden ist, ist das nicht unbedingt so fantastisch geworden, dass man sagen kann, ja, das ist Stadtentwicklung, wie sie Urbanität und für verschiedene Schichten und Möglichkeiten zur Verfügung gestellt wird.

Des Weiteren muss man dann sagen, da waren wir relativ konsequent. Ich stand vor zwei Jahren schon auf diesem Gelände und dachte mir, das ist eigentlich eine Oase, es ist toll, wenn man hier steht. Es geht aber nicht, dass wir dieses Gelände im Grunde genommen privatisiert lassen, so grün wie es da liegt, und nicht darüber nachdenken, wie man das tatsächlich zum Bauen entwickeln kann, denn es ist ja so, dass in den letzten sechs Jahren 10 000 Wohnungen entstanden sind. Bezahlbar sind davon sechs Prozent, wenn wir unsere Definition von Bezahlbarkeit anlegen. Bei den anderen 9 600 Wohnungen muss man sagen, in Ordnung, die waren

frei finanziert, entsprechend haben sie nicht dazu beigetragen, den gesamten Mietmarkt im Grunde genommen nach unten zu entwickeln beziehungsweise auch nur zu stabilisieren. Wir haben natürlich eine wachsende Stadt, aber insbesondere mit Bevölkerungsgruppen, die sich teure Mieten nicht leisten können. Das finde ich auch einen wichtigen Aspekt. Nun muss man sagen, wenn man der Stadt das weiterhin so überlässt und respektive der Politik der investorengetriebenen Bebauung, haben wir unter dem Strich nicht das, was wir bezahlbaren Wohnraum nennen. Die Leute wissen das. Das genau hat letztendlich auch die Diskussion um das Rennbahngelände entsprechend befeuert.

Es heißt, wir bauen keine Hochhäuser. Na gut, das City-Gate beispielsweise ist jetzt auch kein Hochhaus, es ist aber nicht unbedingt das, was man sich jetzt vorstellen könnte auf dem Rennbahngelände. Deswegen gibt es an all diesen Punkten auch eine misstrauische Haltung.

Wir haben uns das genau angesehen, auch den Antrag der Koalition. Wir haben uns zudem sehr intensiv auseinandergesetzt mit dem, was der Regionalausschuss erarbeitet hat, was richtig ist. Wir teilen die Feststellungen, die darin stehen. Es ist aber nun leider so, dass an den wichtigen Punkten, die wir als Voraussetzung für eine positive Quartiersentwicklung ansehen, in diesem Antrag der Koalition das nicht so benannt worden ist, wie es der Regionalausschuss auch vorgegeben hat. Das eine ist, tatsächlich zu sagen, wir wollen keinen Flächenverkauf. Es ist von Wünschen und Anregungen die Rede. Das ist das, was sozusagen als Appellativ übernommen worden ist. Das andere ist, es steht aber nicht darin, dass wir tatsächlich keinen Flächenverkauf mehr in dieser Stadt zulassen, und das erstaunt. Weil es steht im Wahlprogramm der SPD, und es steht im Wahlprogramm der Grünen: Die Zeit der Finanzierung des Gemeinwesens durch Ausverkauf städtischer Flächen muss vorbei sein; siehe Seite 53.

(Beifall DIE LINKE)

Bei den Grünen steht: Damit die Stadt als Eigentümerin die Deutungshoheit über eine soziale und ökologische Stadtentwicklung wieder erlangt, werden wir städtische Grundstücke grundsätzlich nur im Erbbaurecht mit attraktivem Erbbauzins vergeben, Frau Dr. Maike Schaefer hat das vorhin bekräftigt. In dem Antrag steht es nicht darin. Das heißt, da haben wir keine Verbindlichkeit, und ich

halte diese Verbindlichkeit gerade vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung um diese Fläche für extrem wichtig.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist aus unserer Sicht die Grundlage dafür, dass wir die Definitionsmacht in städtischer und öffentlicher Hand belassen, um zu bestimmen, wie dieses Gelände tatsächlich aussieht. Da ist es dann nicht die Frage, ob wirklich genau die Hälfte grün ist, und die andere Hälfte wird entsprechend irgendwie bebaut. Sondern die Frage ist wirklich, dass wir sagen, und da komme ich zu dem zweiten Punkt, wir verkaufen es nicht mehr, und wir beteiligen verbindlich. Wir haben uns deswegen den Kopf darüber zerbrochen, wie man das in einen Antrag gegossen bekommt. Das ist gar nicht so einfach, hier eine rechtliche Grundlage zu schaffen. Andere Städte schaffen das im Übrigen, und ich finde es richtig, zu sagen, der Senat sollte sich darüber Gedanken machen, wie wir das auf eine verbindliche Art und Weise erreichen. Nicht, dass es dann irgendwann wieder heißt, Hallo, jetzt haben wir den 26. Mai gehabt, jetzt können wir noch einmal irgendwie locker darüber nachdenken, und informiert haben wir euch ja. Das reicht aber nicht. Das sind Prozesse, auf die man sich einlassen muss, sie machen nicht immer Spaß, sind nicht immer toll, und sie bedeuten, dass die Dinge sehr lange dauern können. Auch damit haben andere Städte Erfahrungen. Wenn ich aber politisch glaubwürdig und ernst genommen werden will, dann muss so etwas garantiert werden, und diese Grundlage fehlt bislang, und deswegen haben wir diesen zweiten Punkt hineinformuliert.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte zum Schluss noch sagen, das Verhalten der CDU ist wirklich lustig zu beobachten. Da geht es dann immer wieder über den Rand. Ich fand es auch ganz interessant, jetzt stimmen wir zu, also beziehungsweise finden das mit dem Ortsgesetz richtig und dann machen wir einmal einen runden Tisch und schauen einmal, was das zum Ergebnis hat. Also ehrlich, da kann ich auch nur alle Augenbrauen hochziehen, denn das ist nur noch paradox und widerspricht sich im Kern.

Bei Rot-Grün wünsche ich mir etwas mehr Konsequenz, da spreche ich aus tiefster Seele. So wie es momentan hier formuliert ist, insbesondere über den Punkt 2b, bin ich nicht glücklich damit, denn das bedeutet, wir tauchen wieder darunter weg. Das hat mich an diesem Antrag enttäuscht, so sehr

ich das von der grundsätzlichen Diskussion verstehen kann, aber es ist nicht das, worauf man dann vor Ort tatsächlich bauen kann. Deswegen werden wir uns weiterhin massiv dafür einsetzen, dass diese Rahmenbedingungen irgendwann tatsächlich Realität werden. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tschöpe.

Abgeordneter Tschöpe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich jetzt gelernt habe, dass Mao irgendetwas über das Klöppeln von Decken gesagt hat, muss ich bekennen, dass mir diese in keiner Weise bekannt war, aber als der Kollege Röwekamp gesprochen hat, ist mir sofort der Kinderbuchautor Max Kruse in den Kopf gekommen. „Gut gebrüllt, Löwe!“, so das Zitat. Alle sitzen hier und sagen: „Krass, was war das für eine Rede!“

Ich habe nun einmal versucht, das in die jeweiligen Einzelteile zu zerlegen, und übrig bleibt: Sie wollen jetzt dem Volksbegehren zustimmen, weil Sie die 29 000 Unterschreibenden ernst nehmen, und Sie wollen am 27. Mai dazu einladen, einen runden Tisch zu machen, um dann das, dem Sie heute zugestimmt haben, wieder zu kassieren, weil Sie genau wissen, dass da gebaut werden muss. Das ist das, was Sie eben gesagt haben,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

zugegebenermaßen in einer Präsentationsform, die mir nicht gegeben ist, davor verneige ich mich.

Es bleibt aber doch Unsinn! Wir wissen doch hier, am 26. Mai geht es um eine klare Auseinandersetzung. Ich nehme übrigens die Bürgerinitiative beim Wort, ich nehme das ernst, sie haben eine Position. Sie sagen, dieses Rennbahngelände soll nicht bebaut werden. Dafür haben sie sich sehr viel Mühe gemacht. Sie haben den Konflikt hier hineingetragen. Ich finde das gut, sage aber auch, Sie haben mich mit Ihren Argumenten nicht überzeugt. Ich nehme für mich in Anspruch, dass meine Argumente übrigens auch nicht schlechter sind als die der Bürgerinitiative, und wir werden dann eine Abstimmung der Wahlberechtigten in dieser Stadt haben, welche Argumente mehr überzeugen. Auf die Auseinandersetzung freue ich mich.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich noch zwei Punkte nennen, weil mich das geärgert hat, leider ist Frau Steiner weg: Jeder, der sich ein bisschen mit Baupolitik beschäftigt, weiß, dass Baulückenbebauung kein Ersatz für großflächigen Wohnungsbau ist und sein kann.

(Beifall SPD)

Wir haben immer wieder diskutiert, welche Baulücken es gibt. Einmal wollen Leute nicht bauen, dann sind die Grundstücke zu klein. Wenn in Baulücken gebaut wird, dann werden die klassischen Sechs- oder Achtspännereigentumswohnungen gebaut, die wiederum gar nicht das Segment bedienen, das wir dringend bedienen müssen. Herr Strohmann, Sie müssen sich doch auch irgendwie umdrehen und sagen, also diese Argumentation ist wirklich irre: Über Baulücken wird man das Wohnungsbauproblem, das wir in Bremen haben, nicht lösen können. Das kann einen kleinen Beitrag leisten, aber eine Lösung dadurch ist eben Unsinn!

(Beifall SPD)

Dann lassen Sie mich dazu noch einmal etwas sagen, was mich ärgert, wenn hier immer die Rede davon ist, dass das so total bürgerfern ist, was diese Sozialdemokraten – Sie haben jetzt ja auch die Grünen mit in Haft genommen – tun: Da muss man doch einmal den Prozess zur Kenntnis nehmen, den es da vor Ort gegeben hat! Es hat mehrere Sitzungen des Regionalausschusses gegeben, es hat drei Planungswerkstätten gegeben, es gibt eine Jugendbeteiligung, es haben verschiedenste Veranstaltungen stattgefunden. Am Ende des bisherigen Bürgerbeteiligungsprozesses – das Ergebnis mag einem nicht schmecken – steht ein Regionalausschuss, der mit einer Dreiviertelmehrheit der Anwesenden sagt, Leute, bebaut das so, ungefähr so, wie wir das heute beschließen! Wenn mehr Bürgerbeteiligung geht, dann frage ich mich, was Sie als Ergebnis erwarten. Erwarten Sie nur dann Bürgerbeteiligung als Positives, wenn Ihnen das politisch in das Konzept passt? Das kann doch irgendwie nicht stimmen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Abschlusssatz zu dem Thema Versäumnisse von Rot-Grün, zwölf Jahre gemeinsam regiert, nichts geschafft, alles misslungen!

(Abgeordneter Eckhoff [CDU]: Das ist gut zusammengefasst!)

Wenn wir auch einmal ehrlich miteinander sind, dann hat es ein GEWOS-Gutachten gegeben, ich glaube, Herr Eckhoff, Sie haben das damals noch in Auftrag gegeben. Das GEWOS-Gutachten hat festgestellt, Deutschland ist fertig gebaut, es hat für Bremen festgestellt, Bremen ist fertig gebaut, wir haben in zwei Segmenten noch geringen Bedarf. Daraufhin ist eine Wohnungsbauperspektive entstanden. Die haben übrigens alle hier im Parlament mitgetragen und gesagt, oh, was für ein Ärger, der demografische Wandel, hier werden alle älter! Wie schaffen wir unsere Eigenheime eigentlich so, dass sie seniorentauglich sind, wie erreichen wir es, dass ältere Menschen in der Stadt bleiben? Das waren die Diskussionen. Ich habe das jetzt nicht alles nachgelesen, aber ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass das der Kern gewesen ist.

(Abgeordnete Ahrens [CDU]: Herr Kollege, seitdem hat sich die Bevölkerungszahl erheblich erhöht! – Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen wollen wir das angehen!)

Dann haben wir festgestellt, dass wir alle miteinander, von der LINKEN über die SPD, die Grünen und die CDU, falsch gelegen haben und dass die soziologische und die demografische Entwicklung eine völlig andere gewesen sind, und dann hat – das gestehe ich ein! – Rot-Grün vielleicht nicht sofort nach der Erkenntnislage Vollgas gegeben, weil man in den Prozessen auch in dieser Stadt Dinge erst einmal anschieben muss. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir eine Zahl der Baugenehmigungen nicht in Höhe von 1 300, 1 500, 2 000, 2 500 gehabt hätten, sondern dass es vielleicht auch schon ein bisschen mehr gewesen wären und wir noch mehr Dynamik erreicht hätten, aber wir haben umgesteuert. Wir sind übrigens auch von der CDU dabei unterstützt worden, es ist ja nicht so, dass es hier einen großen Dissens in der Baupolitik gibt. Wir alle wissen, wir müssen bauen, und wir haben die Konsequenzen gezogen.

Mein Gott, ja, man muss auch einmal bekennen, man macht im Leben nicht alles richtig, aber wir haben enorm vieles an dieser Stelle richtig gemacht. Wir müssen jetzt nur mehr Dynamik bekommen, und das Mehr an Dynamik findet für mich auch auf der Rennbahn statt. Dafür werde ich werben. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abgeordneter Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist ja schön, dass wir uns jetzt schon darüber streiten, wie es dort weitergehen soll, denn die Bürger können entscheiden, und das ist doch das Tolle, dass wir eine repräsentative Demokratie haben, bei der wir den Volksentscheid als Korrektiv eingebaut haben. Das Bürgerbegehren ist der Weg dorthin, und insofern muss man doch feststellen, dass die Koalition vieles hat einfach erst einmal laufen lassen. Sie haben doch in der Tat – so haben Sie auf jeden Fall auf mich gewirkt – den Eindruck erweckt, als ob Sie gehofft haben, dass das Volksbegehren gar nicht zustande kommt, damit Sie weitermachen können wie bisher.

Sie sind eines Besseren belehrt worden, und jetzt müssen Sie mit dem Ergebnis leben, wie wir übrigens alle damit leben müssen, welches Ergebnis uns die Bürgerinnen und Bürger am 26. Mai präsentieren werden, und dann werden wir neu diskutieren müssen, was dort ist. Dann ist einfach der Zeitpunkt zu sagen, ja, wir müssen in Bremen bauen, und dann müssen wir verhandeln, wo. Wir als Freie Demokraten sagen eben: Auf der Rennbahn nicht!

(Beifall FDP)

Wenn sie zudem ökologisch nicht so wertvoll ist? Ja, es wäre nicht die erste grüne Fläche, die man ökologisch weiterentwickelt und die man noch weiter verbessern kann! Natürlich wird sich dann sofort die Frage stellen, wenn wir solch eine grüne Lunge erhalten: Können wir sie nicht noch aufwerten, weil wir woanders ja auch gar keine Ausgleichsflächen mehr haben? Wir hätten dann sogar noch eine Finanzierung, sie weiter grün zu gestalten, also insofern alles Möglichkeiten! Deswegen freue ich mich darüber, dass wir das dann im Wahlkampf als weiteres Thema haben werden. Ich bin sicher, dass das auch dazu führt, dass zumindest regional die Wahlbeteiligung noch einmal deutlich steigen wird, und insofern freue ich mich darauf, dass wir uns weiter auseinandersetzen und hier diese Diskussion haben.

Eine kleine Anmerkung noch zu Björn Tschöpe: Ja, Lencke Steiner – das wussten wir alle – musste früher gehen, das haben wir gleich gesagt, als dieser Termin festgesetzt wurde. Sie hat aber mitnichten gesagt, dass wir nur Baulücken bebauen sollen. Wir als Freie Demokraten haben auch andere Großprojekte unterstützt und werden das auch weiter tun. Das Kellogg's-Gelände ist genannt worden, die weitere Entwicklung der Überseestadt, wir

haben das Tabakquartier heute noch gar nicht erwähnt. Natürlich wird es nicht ohne große Flächen gehen, aber es bleibt die Frage, wo, und die Aussage von uns ist: Das wird verhandelt, und darüber haben die Bürgerinnen und Bürger jetzt die Chance zu entscheiden. Wir sagen: Nein, nicht dort auf der Rennbahn! – Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Schaefer.

Abgeordnete Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt ist Frau Steiner weg,

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Schade!)

aber gelernt habe ich von Frau Steiner heute, dass Erbpacht purer Sozialismus ist. Wenn Erbpacht schon purer Sozialismus ist, dann frage ich mich, was purer Sozialismus eigentlich wirklich ist!

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Nein, es war die Frage, wer das bebauen soll, aber nicht die Erbpacht!)

Gelernt habe ich auch, dass sie – Frau Steiner, nicht Sie, Herr Dr. Buhlert, aber Frau Steiner, als sie noch da war – gesagt hat, wir haben ja schon genug Flächen ausgewiesen, mehr brauchen wir nicht, deswegen können wir die Galopprennbahn erhalten, wir müssen nur noch Hochhäuser bauen. Ich weiß nicht, ob das den Bürgerwillen in dieser Stadt wirklich so repräsentiert.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Ich bin auf die Vorschläge für die Baulücke Am Brill gespannt!)

Dann hat Herr Remkes gesagt, das Baulückenkataster könnte so eine Art Heilmittel sein, um zu bauen. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was das wirklich bedeutet. Das bedeutet nämlich das Bauen in zweiter Reihe, das bedeutet das Bauen in den hinteren Gärten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das jeder Nachbar wirklich auch so gut findet.

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Frau Dr. Schaefer, Sie haben doch einen Bebauungsplan beschlossen, der den Bereich hinter meinem Garten bebaut!)

Ach, Herr Dr. Buhlert, wissen Sie, ich habe Ihnen so brav zugehört! Es ist schön, dass Sie jetzt in Wallung kommen, aber ich glaube, diese Aufregung lohnt sich gar nicht.

Herr Röwekamp hat gesagt, er würde meine Frage nicht zulassen, weil er sich zu sehr aufregt. In der Tat habe ich mich auch ein bisschen über Ihren Redebeitrag aufgeregt, weil Sie gesagt haben, wenn es auf der Fläche den Schlammpeitzger gäbe, dann würden wir womöglich noch die Bürgerinitiative gründen. Der Unterschied, Herr Röwekamp, ist ja gerade: Auf dieser Fläche gibt es keinen Schlammpeitzger, und auf der Fläche gibt es auch sonst nichts, was irgendeiner Roten Liste entspricht.

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Aber es gibt Menschen!)

Ja, es gibt Menschen, aber wir sprachen über Ökologie, und Sie hatten mir irgendwie vorgeworfen, man würde den ökologischen Wert nicht anerkennen. Wenn man das tun würde, dann würde ich mir aber auch wirklich das Gleiche von Ihnen für Brokhuchting oder für die Osterholzer Feldmark wünschen, weil da in der Tat alle Experten, alle Naturschutzinstitutionen die ökologische Wertigkeit anerkennen, was sie bei der Galopprennbahn nicht tun.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Unser Wille ist ja in der Tat, dass die Galopprennbahn ökologisch aufgewertet wird, meine Damen und Herren, weil sie bisher nur eine grüne Wiese ist. Herr Röwekamp, wir nehmen die Menschen ernst, wir nehmen ganz sicher das Ergebnis des Volksentscheids, wie auch immer es ausgehen wird, ernst und werden es akzeptieren, aber das, was Sie gemacht haben, ist, dass Sie gesagt haben, Sie sind am Ende auch für eine bauliche Nutzung, aber mit einer städtebaulichen Rahmenidee.

(Glocke)

Sie sagen nicht, Sie sind dagegen, gegen eine Bebauung, und das lässt uns ein bisschen mit Zweifeln zurück. Wir nehmen den Regionalausschuss ernst, wir nehmen die Beiräte ernst, wir nehmen die Umweltverbände ernst, und das lassen wir uns auch von Ihnen nicht kleinreden, meine Damen und Herren! – Danke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts sind ein paar Mal während der Debatte angesprochen worden, deswegen gestatten Sie, dass ich auch noch ein paar Gedanken zu der Debatte hinzufüge!

Zunächst einmal ist mir wichtig, es geht zum einen um eine gesamtbremische Frage, und es geht zum anderen um eine Frage für den Bremer Osten, für die beiden angrenzenden Stadtteile. Aus gesamtbremischer Sicht ist noch einmal wichtig festzuhalten, Bremen ist deutlich weniger dicht besiedelt als alle anderen Großstädte dieser Größenordnung in Deutschland. Wir haben pro Einwohner ungefähr 30 Prozent mehr Fläche, die wir in Anspruch nehmen, und es hat Gründe, dass die Stadt an verschiedenen Stellen nicht so dicht bebaut worden ist. Eine dieser Flächen ist die Galopprennbahn, darauf komme ich gleich noch.

Wir haben die wachsende Stadt, der Herr Bürgermeister hat darauf hingewiesen, eine stetig wachsende Bevölkerung. Wir haben mehr Single-Haushalte, und daraus resultiert ein Siedlungsdruck, den wir stark spüren. Wir spüren das Ansteigen der Mieten. Wir spüren die Schwierigkeit, bezahlbaren Wohnraum und auch sonst adäquaten Wohnraum in den nachgefragten Quartieren zu finden.

Wir haben in der Stadtentwicklung einen klaren Vorrang, sowohl vom Baugesetzbuch als auch von unseren politischen Vereinbarungen und Verständigungen her, den Vorrang der Innenentwicklung, und wir wollen die Stadt der kurzen Wege entwickeln. Deswegen ist es wichtig, dass man zentrumsnahe Flächen, stadtnahe Flächen, die gut gelegen und gut erschließbar sind, auch entsprechend entwickelt.

Als die Galopprennbahn vor über 100 Jahren angelegt wurde, war sie weit draußen im Osten vor der Stadt, weit jenseits der Siedlungsbebauung, und es hat eben Jahrzehnte gedauert, bis die Siedlungsbebauung darüber hinweggegangen ist. Es ist jetzt praktisch diese Leerstelle im Stadtbild – mit der ökologischen Qualität eines abgeernteten Maisfeldes, habe ich heute gelernt – dort übrig geblieben. Das Gelände kann man heute betreten, wenn man eine Clubmitgliedschaft erwirbt oder an sieben Tagen im Jahr eine Eintrittskarte, ansonsten steht es

der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung, und das wollen wir ändern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Warum die Fläche im Sommer 2015 noch nicht im Koalitionsvertrag angesprochen war und dann am 15. Dezember 2015 in das Sofortprogramm des Senats mit aufgenommen wurde, das hat der Herr Bürgermeister erklärt: Es war der Wahnsinnsdruck, der durch die 10 000 Menschen, die in einem Jahr hierhergekommen sind, ausgelöst worden war. Wir mussten reagieren, und hätten wir solche Flächen wie auch andere Flächen nicht benannt, dann hätte dieselbe Opposition uns Untätigkeit vorgeworfen, dass der Senat nicht in der Lage wäre, auf eine solche Entwicklung auch zeitnah zu reagieren.

(Beifall SPD)

Ich möchte mich auch an die Bürgerinitiative wenden: Ich bin zitiert worden, korrekt zitiert worden, ich habe das als einen Achtungserfolg bezeichnet, dass Sie 28 000 Unterschriften oder sogar ein paar mehr gesammelt haben. Das finde ich absolut ernst zu nehmen. Ich nehme das ernst, und wir setzen uns mit Ihnen auch ernsthaft auseinander, aber ich möchte auch darauf hinweisen, der Beirat Hemelingen, der sich mit Mehrheit für diese Pläne ausgesprochen hat, vertritt 43 700 Hemelingerinnen und Hemelinger, er ist also auch legitimiert.

Wir haben hier das Spannungsfeld zwischen der repräsentativen und der direkten Demokratie. Im Regionalausschuss, der zwei Stadtteile vertritt – die Vahr kommt dazu, das sind zusammen fast 100 000 Menschen – hat sich eine Dreiviertelmehrheit, so wurde es gesagt, mit einer eigenen Entschließung, mit eigenen Forderungen, was dort passieren soll, für die Pläne ausgesprochen. Die Bremische Bürgerschaft, das sind die Abgeordneten, als die Sie hier sitzen, Sie vertreten über eine halbe Million Bremerinnen und Bremer, und Sie sind für vier Jahre gewählt, um in der Gesamtabwägung der städtischen Interessen und der Stadtteilinteressen zu guten Ergebnissen zu kommen, was diese Stadt braucht und was auch diese Stadtteile brauchen.

(Beifall SPD – Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Aber wenn es einen Volksentscheid gibt, hat der Bedeutung, und der geht darüber hinaus!)

Bremen braucht Wohnungen, Bremen braucht Schulen, Bremen braucht Kitas, Bremen braucht auch Sportflächen, Bremen braucht auch Grün- und Naherholung, das ist richtig, aber Bremen

braucht nicht dringend eine 35 Hektar große Brachfläche, von der niemand weiß – und das ist die Bürgerinitiative schuldig geblieben –, wer denn finanzieren soll, das qualitativ hochwertig zu entwickeln und als hochwertiges Grün zu bewirtschaften. Wer soll für die Verkehrssicherungspflicht dort sorgen? Das kann doch kein Mensch bezahlen, und eine solche Fläche wird auch von niemandem vernünftig genutzt werden. Man kann doch eine solche Fläche nicht verwaarlosten lassen!

Ja, es ist richtig, Hemelingen braucht mehr Grün. Dazu stehe auch ich, und deswegen bestehen ja auch der Vorschlag und das Angebot, auf einem Teil dieser Fläche hochwertiges Grün – hochwertiger, als es jetzt ist! – zu entwickeln. Hemelingen und die Vahr können aber auch eine Ergänzung der Wohnungsbestände, eine Bereicherung der Wohnformen, vergleichbar zu dem, was sie bisher haben, und Wegeverbindungen zwischen der Vahr und Hemelingen gut gebrauchen. Der Herr Bürgermeister hat es angesprochen, Wegeverbindungen werden dort dringend benötigt. Die Berliner Freiheit wird von Hemelingen aus ganz anders erreichbar, wenn Sie dort Wege schaffen können, Sie brauchen soziale Infrastruktur, und Sie brauchen auch Sportflächen.

(Beifall SPD)

Wir haben jetzt die fantastische Möglichkeit, diese Dinge gemeinsam auf dieser Fläche zu entwickeln. Wenn Sie kategorisch sagen, das wollen Sie zu 100 Prozent nicht, dann müssen Sie sagen – und das wiederhole ich auch –, wo der Siedlungsdruck stattdessen hingehen soll. Ich wette, wenn sich die Menschen aus den anderen Stadtteilen – wir haben 21 andere Stadtteile, aus denen dort bei Ihnen mit unterschrieben wurde – klarmachen, was das in den eigenen Stadtteilen bedeutet, dann werden sie sich dreimal überlegen, ob sie für diese Verhinderungspolitik tatsächlich stimmen werden.

Sie müssen auch sagen, wer für die Unterhaltung, für die Bewirtschaftung von 35 Hektar Grünfläche – das ist teuer! – in einer Stadt aufkommen soll, die sich gerade am Ende der Haushaltsnotlage befindet.

(Beifall SPD)

Uns ist vorgeworfen worden, und darauf gehe ich jetzt auch ein, weil auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts hier sitzen, die Beteiligung wäre nicht in Ordnung gewesen. Das ist mit

die intensivste Beteiligung, die wir bei irgendeinem Quartier durchgeführt haben!

Wir hatten am Anfang den Aufstellungsbeschluss, der Herr Bürgermeister hat erklärt, warum wir ihn gebraucht haben, aber wir haben, übrigens mit Vertretern der Bürgerinitiative, im November 2016 eine erste Veranstaltung gemacht, wir haben mit Vertretern der Bürgerinitiative im April 2018 und im Mai 2018 die stadtstrukturelle Analyse im Stadtteil erörtert, wir haben mit Vertretern der Bürgerinitiative am 31. August 2018 eine Ortserkundung zur Machbarkeitsstudie vorgenommen, und wir haben die Bürgerinitiative eingeladen, am 21. November 2018 zur Auswertungsveranstaltung zu kommen, da war ein Tisch für sie vorbereitet, da hat sie sich kurzfristig aus dem Verfahren ausgeklinkt und gesagt, daran kein Interesse zu haben. Erzählen Sie nicht, das Bauressort hätte nicht mit Ihnen gesprochen und Ihnen nicht Angebote gemacht, sich in dieses Verfahren einzubringen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme zum Schluss und glaube, ich darf das sagen, weil ich unverdächtig bin, hier als Person Wahlkampf zu machen, ich möchte mich an die CDU wenden und an Herrn Röwekamp: Herr Röwekamp, ich habe Sie auch nicht richtig verstanden. Sie sind gegen die Bebauung, haben Sie gesagt. Sie waren erst gegen die förmliche Unterstützung der Bürgerinitiative. Dann waren Sie plötzlich dafür. Dann haben Sie gesagt, nach der Wahl wollen Sie neu reden. Ich glaube, Sie sind der Einzige, der hier einen Wahlbetrug – und davor möchte ich Sie schützen! – offen ankündigt. Sie kündigen hier an, nach der Wahl das Gegenteil dessen zu machen, was Sie jetzt unterstützen.

Ich möchte Ihnen raten, denken Sie daran, was am 27. Mai ist! Dann gehen Sie mit denselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort oben sitzen, in den Stadtteil und führen dieselben Gespräche weiter, die diese Kolleginnen und Kollegen in vorbildlicher Weise in den letzten zwei Jahren geführt haben. Stellen Sie sich vor, Sie leiten das Bauressort – das ist ja nicht ausgeschlossen –, dann gehen Sie dorthin und gehen zu diesen Bürgern dort oben, denen Sie sagen, Sie unterstützen deren Verweigerung, deren Nullvariante und deren Neinsagen, und dann reden Sie mit denen und sagen, lasst uns einmal ungefähr zur Hälfte bebauen! Tolle Sache!

Ich gebe Ihnen folgenden Tipp: Machen Sie sich ehrlich, hüten Sie sich vor Wahlbetrug, und stim-

men Sie für den Koalitionsantrag, für grünes Wohnen, grüne Naherholung, grünen Sport und mehr Grün, gutes Wohnen, alles prima! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Vogt.

Abgeordnete Vogt (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Röwekamp, Sie sind ja immer sehr geschickt, Sie sagen Rot-Rot-Grün hätte hier über den ökologischen Wert gestritten. Das haben wir gar nicht, weil jeder weiß: Selbst in meiner Biotonne ist mehr Artenvielfalt als auf dem Gelände im Moment, um das einmal ganz klar zu sagen!

(Heiterkeit – Beifall DIE LINKE)

Uns geht es hier schlichtweg um etwas anderes, und da möchte ich noch einmal an die FDP und an die CDU gerichtet klar sagen: Sie müssen jetzt hier auch einmal Haltung zeigen, worum es geht! Worum es geht, ist tatsächlich die Frage, ob die 29 000 Unterschriften, die zusammengetragen worden sind und deretwegen wir aus Respekt heute auch diese Sitzung mit beantragt haben, die allgemeinen Interessen von zum Beispiel 393 000 Wahlberechtigten in der Stadt Bremen vertreten.

Zur Frage des Wohnungsbaus gebe ich Ihnen noch einmal ein paar Zahlen mit, weil Sie ja immer auf dieser Seite hier so tun, als würde der freie Markt alles richten: Die freien Bauträger fragen uns, warum sie sich denn an die 25 Prozent halten sollen, denn sie wollen natürlich nicht nur ihre Baukosten wieder einnehmen, sondern sie leben von der Rendite, also bauen sie eben 49 Wohnungseinheiten!

Wenn man sich das einmal anschaut, die sozialen Belegbindungen, die einmal vor 20 Jahren bei 90 000 in der Stadt Bremen lagen, 2007 noch bei 11 500, 2016 bei 6 954, dann überzeugt Ihre Argumentation nämlich nicht, dass jede frei werdende Wohnung ja auch irgendwie wieder neu vermietet werden müsste. Ja, klar, das wird sie, aber gemietet wird sie eben von Leuten, die ein höheres Einkommen zur Verfügung haben, weil die Mieten in dem Fall immer steigen. Deswegen brauchen wir eine Diskussion über die Bebauung des Rennbahngeländes, nicht nur, um irgendwie Flächen zu erhalten, das haben wir ja alle hier heute gemeinsam betont, sondern auch, damit wir einen guten Mix von Wohnbebauung dahin bekommen.

Wir haben alle zusammen vor einem Jahr bei der Handelskammer gesessen, Sie alle hier haben gesagt – wir übrigens auch –, es kann nicht angehen, dass Menschen aus dem Mittelstand mit einem mittleren Einkommen hier keine Wohnung mehr finden und ins Umland ziehen. Wir haben aber auch schon diverse Male festgehalten, wir brauchen einen guten Mix, damit diejenigen, die zum Beispiel auf soziale Belegbindung angewiesen sind,

(Glocke)

auch wohnen können. Deswegen sagen wir, wir unterstützen den Regionalausschuss, weil der nämlich mit der Erbpacht – das ist nämlich kein Sozialismus! – und dem Verhindern von Flächenverkauf genau so etwas ermöglichen würde. – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Lohse, von Ihnen brauchen wir keine Belehrungen über Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler!

(Beifall CDU)

Ich finde, ich habe vorhin schon ausreichend nachgewiesen, dass Sie das vier Monate vorher den Menschen in Bremen gegebene Versprechen, die Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen, gebrochen haben. Ich finde, schlimmer kann man sich an einer Demokratie fast gar nicht vergehen, als Sie das als rot-grüne Koalition an diesem Punkt getan haben!

(Beifall CDU)

Zweite Bemerkung: Ich kann ja verstehen, dass es Ihnen schwerfällt, anders als nur schwarz und weiß zu denken. Deswegen will ich die Position der CDU-Fraktion noch einmal an dieser Stelle herausstellen.

(Unruhe SPD)

Wir sind, anders als die Bürgerinitiative – und wir haben das von Anfang an gesagt –, nicht vollständig gegen die Bebauung dieses Geländes. Wir könnten uns als CDU-Fraktion sehr wohl vorstellen

len, auf Teilen dieses Geländes auch Wohnungsbau zu betreiben, aber was uns unterscheidet, ist: Wir wollen das mit den Menschen vor Ort gemeinsam besprechen und gemeinsam entscheiden.

Wir haben heute nur die Möglichkeit, dem Volksbegehren zuzustimmen oder es abzulehnen. Wir können nicht sagen, wir wollen ein bisschen davon oder ein bisschen mehr davon oder ein bisschen weniger davon. Ja oder nein, nur die Möglichkeiten gibt es, und jetzt – das ist für einen Sozialdemokraten schwer vorstellbar, Herr Reinken! – stellen Sie sich einmal einen Moment vor, wir lehnen das heute ab, weil Sie die Mehrheit haben, es kommt zum Volksentscheid, und der Volksentscheid – . Sie kalkulieren wieder falsch, wie Sie sich ja auch schon bei der Unterschriftensammlung versehen haben. Sie haben ja nie im Leben geglaubt, dass sie die Unterschriften zusammenbekommen, das gehört ja zur Ehrlichkeit auch dazu, Sie haben die Bürgerinitiative gar nicht ernst genommen, bis sie tatsächlich diese massive Anzahl Menschen hinter sich versammelt hatte.

(Beifall CDU, FDP)

Ehrlicherweise, Herr Bürgermeister Dr. Sieling, wenn Sie sagen, als sie dann die Unterschriften zusammen hatten, hätten Sie selbstverständlich mit ihnen gesprochen, dann erinnert mich das an den schwarzen Ritter aus Monty Pythons „Ritter der Kokosnuss“, der am Ende, als er verloren hat, noch ein Unentschieden anbietet. So funktioniert Demokratie nicht, Herr Bürgermeister Dr. Sieling!

(Heiterkeit, Beifall CDU)

Deswegen sage ich, wenn der Volksentscheid entgegen Ihrer Prognose am Ende eine Mehrheit bekommt, dann ist das Rennbahngelände durch Volksentscheid auf Dauer einem Wohnungsbau nicht zugänglich.

(Abgeordnete Sprehe [SPD]: Genau das unterstützen Sie!)

Die einzige Möglichkeit, mit der Initiative und den Anwohnern vor Ort noch ins Gespräch zu kommen, ist nach unserer Auffassung, heute den Sack zuzumachen, den Bebauungsplan zu beschließen und dann mit den Menschen und nicht gegen die Menschen vor Ort darüber zu reden, ob und wie wir dieses Gelände in Zukunft nutzen.

(Glocke)

Sonst kann es dazu führen, dass Ihr Verhalten die Bebauung dieses Geländes dauerhaft und langfristig verhindert, und das kann auch nicht in Ihrem eigenen Interesse sein. Ich beantrage im Übrigen die namentliche Abstimmung. – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bernhard für eine Kurzintervention.

Abgeordnete Bernhard (DIE LINKE): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur zur formalen Ergänzung: Wir beantragen die getrennte Abstimmung, sonst geht das nicht mit 2 a, b und c. – Danke!

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Sie meinen Ihren eigenen Antrag? – Heiterkeit)

Vizepräsident Imhoff: Sie meinen doch den Antrag der Koalition?

(Abgeordnete Bernhard [DIE LINKE]: Den Antrag der Koalition!)

Ja, genau! Das haben wir auch schon vernommen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [19/921 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE, Abgeordnete Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BIW, Abgeordneter Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über das Ortsgesetz abstimmen, dies ist die Vorlage zum Volksbegehren.

Hier ist namentliche Abstimmung beantragt.

Wer dem Ortsgesetz über das städtebauliche Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche seine Zustimmung geben möchte, seine Stimmenthaltung oder sein Nein signalisieren möchte, möge sich dann deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung zu Wort melden.

Ich rufe jetzt die Namen auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Wir kommen nun zur Auszählung der Stimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Dem Ortsgesetz haben zugestimmt 21 Abgeordnete, 43 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt.

Ich stelle fest, damit ist dieses Gesetz abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer [19/927 S](#) abstimmen.

Hier ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Ziffer 1 abstimmen.

Wer der Ziffer 1 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Tassis [AfD], Abgeordnete Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, BIW)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 1 zu.

Nun lasse ich über die Ziffern 2 a und 2 c abstimmen.

Wer den Ziffern 2 a und 2 c seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Tassis [AfD], Abgeordnete Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, BIW)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 2 a und 2 c zu.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 2 b abstimmen.

Wer der Ziffer 2 b seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen!

(SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, BIW, Abgeordneter Tassis [AfD], Abgeordnete Wendland [parteilos])

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Ziffer 2 b zu.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Stellungnahme des Senats mit der Drucksachen-Nummer [19/922 S](#) Kenntnis.

Wir haben den Tag für heute geschafft. Ich bedanke mich für die wunderbaren Debatten und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.20 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

Anhang zum Plenarprotokoll

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Drucksache [19/922 S](#)

Für den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten	Grotheer, Antje (SPD)
Ahrens, Sandra (CDU)	Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen)
Bensch, Rainer (CDU)	Güngör, Mustafa (SPD)
Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)	Hamann, Rainer (SPD)
Buchholz, Rainer (FDP)	Krümpfer, Petra (SPD)
Dr. Buhlert, Magnus (FDP)	Leonidakis, Sophia (DIE LINKE)
Eckhoff, Jens (CDU)	Liess, Max (SPD)
Grobien, Susanne (CDU)	Möhle, Klaus (SPD)
Grönert, Sigrid (CDU)	Dr. Müller, Henrike (Bündnis 90/Die Grünen)
Hinners, Wilhelm (CDU)	Öztürk, Mustafa (Bündnis 90/Die Grünen)
Imhoff, Frank (CDU)	Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)
Kohlrausch, Julie (FDP)	Pirooznia, Nima (Bündnis 90/Die Grünen)
Leidreiter, Piet (LKR)	Pohlmann, Jürgen (SPD)
Lübke, Marco (CDU)	Reinken, Dieter (SPD)
Neumeyer, Silvia (CDU)	Rosenkötter, Ingelore (SPD)
Remkes, Klaus (LKR)	Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)
Röwekamp, Thomas (CDU)	Saffe, Jan (Bündnis 90/Die Grünen)
Rohmeyer, Claas (CDU)	Saxe, Ralph (Bündnis 90/Die Grünen)
Scharf, Detlef (CDU)	Dr. Schaefer, Maike (Bündnis 90/Die Grünen)
Strohmann, Heiko (CDU)	Senkal, Sükrü (SPD)
Dr. Yazici, Oguzhan (CDU)	Seyrek, Mehmet-Ali (SPD)
Zenner, Peter (FDP)	Sprehe, Heike (SPD)
	Strunge, Miriam (DIE LINKE)
Gegen den Antrag gestimmt haben die Abgeordneten	Tassis, Alexander (AfD)
Acar, Mehmet Sirri (SPD)	Tschöpe, Björn (SPD)
Aulepp, Sascha (SPD)	Tuchel, Valentina (SPD)
Bernhard, Claudia (DIE LINKE)	Tunc, Eyfer (SPD)
Bolayela, Elombo (SPD)	Tuncel, Cindi (DIE LINKE)
Bücking, Robert (Bündnis 90/Die Grünen)	Vogt, Kristina (DIE LINKE)
Crueger, Jens (SPD)	Wargalla, Kai-Lena (Bündnis 90/Die Grünen)
Dehne, Stephanie (SPD)	Weigelt, Helmut (SPD)
Erlanson, Peter (DIE LINKE)	Wendland, Susanne (parteilos)
Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen)	Yildiz, Kabire (Bündnis 90/Die Grünen)
Gottschalk, Arno (SPD)	

